

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die Sozialistenkolonne 60 Pf. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Wenz. Druck von G. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: P. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Rillaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3002.

Neuwahlen in den Zahlstellen.

Nach Paragraph 20 Absatz 1 unseres geltenden Statuts sollen im Januar eines jeden Jahres in den Zahlstellen die Bevollmächtigten neu gewählt bzw. dem Vorstande zur Bestätigung vorgeschlagen werden. In welcher Form die Wahlen vorgenommen werden sollen, sagt das Statut nicht; darüber entscheiden die Zahlstellen. In der Regel werden jedoch die Wahlen vorgenommen in Mitgliederversammlungen, und zwar in der Versammlung, die den Bericht vom letzten Vierteljahr, und im Anschluß daran meist einen mehr oder minder ausführlichen Bericht vom ganzen letzten Jahr, entgegennimmt. Das hat sich aus mancherlei Gründen als zweckmäßig erwiesen und auch seither kaum je zu Beanstandungen geführt. Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß diese Jahresversammlungen dadurch eine überragende Bedeutung für die Entwicklung der Zahlstelle erlangen und deshalb mit ganz besonderer Sorgfalt vorbereitet werden müssen.

Die Bekanntmachung.

Zunächst ist dafür zu sorgen, daß Zeit, Ort und Tagesordnung der Versammlung auch wirklich allen Mitgliedern bekannt werden. Die vielfach übliche Gepflogenheit, Mitgliederversammlungen nur durch ein Inserat in einer Tageszeitung bekanntzumachen, genügt am allerwenigsten bei der Jahres-Generalversammlung. Zunächst sind nur selten alle Mitglieder einer Zahlstelle zugleich Leser dieser Tageszeitung, und zum anderen haben manche Tageszeitungen so viel Inserate, daß eine Versammlungseinladung darunter sehr leicht übersehen wird. Auch das in manchen Zahlstellen übliche Festlegen der Mitgliederversammlungen auf bestimmte Tage im voraus genügt nicht. Zunächst werden die Tage oft vergessen und zum andern soll das Mitglied nicht nur wissen, wann und wo eine Versammlung stattfindet, sondern auch womit sie sich beschäftigen soll. Die Einladung zur Jahres-Generalversammlung sollte überall, also auch da, wo das sonst nicht üblich ist, durch besonders angefertigte, an alle Mitglieder ausgetragene Laufzettel erfolgen.

Die Vorbereitung.

Fast noch wichtiger als die Bekanntgabe ist die Vorbereitung der Jahresversammlung. Daß die Tagesordnung einer jeden Versammlung vorher in der Zahlstellenleitung beraten werden soll, ist hier schon wiederholt gesagt worden. Leider wird es nicht überall so gehalten, sonst würde manche Versammlung Einberufer und Besucher mehr befriedigen. Bei der Jahresversammlung ist die sorgfältige Vorberatung der Verhandlungspunkte doppelt nötig. Vor allem muß der Punkt „Neuwahlen der Bevollmächtigten“ eingehend durchgesprochen werden. Es empfiehlt sich, diesen Punkt gemeinsam mit den Betriebsvertrauensleuten und eventuell auch mit den Hilfskassierern vorher durchzusprechen. Die Frage: „Wen vertrauen wir mit der Leitung der Zahlstelle?“ ist so ziemlich die wichtigste, die in den Versammlungen der Mitglieder erörtert werden kann. Von der Zusammensetzung und dem Zusammenarbeiten der Bevollmächtigten und der Revisoren hängt die Entwicklung der Zahlstelle in erster Linie mit ab. Daraus resultiert, daß die besten, die fähigsten Mitglieder an die Spitze der Zahlstelle gestellt werden müssen.

Ist nun eine Versammlung die geeignete Instanz, solche Mitglieder auszufuchen? Gewiß nicht! Vielleicht in einer ganz kleinen Zahlstelle, wo die Mitglieder sich alle persönlich kennen, aber selten oder nie in einer größeren Zahlstelle, wo die Versammlung Mitglieder zusammenführt, die sich nicht kennen, die also auch ihre gegenseitigen Fähigkeiten nicht abschätzen können. Es ist deshalb nicht nur das Recht, sondern direkt die Pflicht einer gewissenhaften Ortsverwaltung, vorher die Vertrauensleute und Kassierer zusammenzurufen und gemeinsam mit ihnen zu beraten, welche Vorschläge der Jahresversammlung gemacht werden sollen.

Eine solche Vorberatung ist auch durchaus kein Verstoß wider die Demokratie. Das Entscheidungsrecht wird der Versammlung ja durchaus nicht genommen. Sie hat nicht nur das Recht, unter den vorgeschlagenen zu wählen, sie kann auch die Vorschläge ganz ablehnen und andre machen. Aber das kann und wird sie natürlich nur tun, wenn gegen die vorgeschlagenen berechtigende Einwendungen erhoben werden, oder wenn sie besser Befähigte vorschlagen kann. Auf jeden Fall wird aber durch solche Vorschläge verhindert, daß irgendein beliebiger Zufallsandidat gewählt wird. Man hat Beispiele, daß in der Verlegenheitspause, die der Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu folgen pflegt, für wichtige Posten in der Zahlstellenleitung Personen vorgeschlagen wurden, die weder den guten Willen noch die Fähigkeiten zur Bekleidung solcher Posten haben. Es sei gestattet, diese Behauptung durch einen Einzelfall zu illustrieren. In der Mitgliederversammlung einer nicht ganz kleinen Zahlstelle sollte für den ausscheidenden zweiten Bevollmächtigten ein Erfahrmann gewählt werden. Von einem Mitgliede wurde, als der Aufforderung zu Vorschlägen Schweigen folgte, ein von ihm selbst eingeführter Versammlungsbefucher vorgeschlagen. Schon sollte zur Wahl geschritten werden, als ein

Teilnehmer dazwischenrief: „Der ist ja noch gar nicht Mitglied!“ „Aber er will es heute noch werden!“ erwiderte der Vorschlagende kurz. In diesem Falle wurde die Wahl des Nichtmitgliedes nur durch die Zwischenbemerkung eines Versammlungsbefuchers verhindert.

So traffe Fälle sind gewiß sehr seltene Ausnahmen. Es sollte daran auch nur gezeigt werden, in welche Situationen eine mangelhaft vorbereitete Wahl führen kann. Gewiß ist jedenfalls, daß vielfach infolge unvorbereiteter Vorschläge Verlegenheitswahlen zustande kommen, bei denen Mitglieder auf Posten kommen, denen sie nicht gewachsen sind, oder für die sie keine Lust oder auch keine Zeit haben.

Wer soll gewählt werden?

Nach welchen Gesichtspunkten sollen nun die Vorschläge und die Wahlen vorgenommen werden? Dafür lassen sich nur einige Grundregeln aufstellen. Zunächst ist darauf zu achten, daß die vorgeschlagenen geset, ruhig, nüchtern und zuverlässig sind. Jäh aufbrausende Hitzköpfe können den Verband in sehr unangenehme Situationen bringen; Trinker und Leichtsinrige können gute Menschen, aber nie tüchtige Verbandsfunktionäre sein.

Neben den Charaktereigenschaften spielen die geistigen Fähigkeiten eine erhebliche Rolle. Je mehr der Verband sich entwickelt und seine Einrichtungen ausbaut, um so mehr Schwierigkeiten macht die Verwaltung und Leitung auch in den Zahlstellen. Ein Teil dieser Schwierigkeiten wird beseitigt durch eine straff durchgeführte Arbeitsteilung. Darüber sagt das Statut:

Der erste Bevollmächtigte führt die Korrespondenz, leitet die Vornahme der statistischen Ermittlungen und hat darüber zu wachen, daß alle vom Vorstand erlassenen Anordnungen zur Ausführung gelangen.

Der zweite Bevollmächtigte besorgt die Kassengeschäfte der Zahlstelle und zahlt die Unterstüzungen aus.

Der dritte Bevollmächtigte besorgt die übrigen schriftlichen Arbeiten.

Aus dieser Umgrenzung der Aufgaben ergeben sich die zu fordernden Fähigkeiten.

Der erste Bevollmächtigte.

Der erste Bevollmächtigte muß demnach vor allem einige Gewandtheit im schriftlichen Ausdruck besitzen. Damit allein ist es natürlich nicht getan. Er muß auch über einiges Allgemeinwissen verfügen; er muß vor allem Zweck, Tätigkeit, Aufbau und Aufgaben der Gewerkschaften, wenigstens bis zu einem gewissen Grade, kennen. Jedoch sind die Anforderungen, die in dieser Hinsicht an ihn gestellt werden, durchaus nicht so groß, daß sie ein strebsames, aber noch nicht ganz beschlagenes Mitglied abschrecken können. Mit gutem Willen und gesundem Urteil läßt sich das Fehlende leicht nachholen. Rednerische Fähigkeiten sind zwar sehr gut und erleichtern manche Arbeit, aber sie sind nicht unter allen Umständen notwendig. Wir haben tüchtige Kollegen, die in verantwortlichen Stellen jahrelang erfolgreich ihre Pflicht getan haben, obwohl ihnen jedes Redetalent fehlt. Und wir haben wiederum andre, die sich sehr gewandt in Worten ausdrücken können, die aber in der praktischen Arbeit durchaus versagen.

Der Kassierer.

Bei der Wahl des Kassierers sind, neben den eben angegebenen allgemeinen Anforderungen, noch einige besondere zu stellen. Daß er vor allem ehrlich sein, die ihm anvertrauten Gelder wie ein heiliges Gut hüten muß, ist selbstverständlich. Der Kassierer muß aber auch mit Zahlen umgehen, er muß rechnen können. Einem Kassierer, der nicht rechnen kann, wachsen die Geschäfte über den Kopf. Er bekommt Streit mit den Mitgliedern bei Auszahlung der Unterstüzungen und mit den Revisoren bei Prüfung der Geschäfte. Sehr bald hat er ein Loch in der Kasse, obwohl er vielleicht der redlichste Mensch ist. Dann gibt es Krach in Sitzungen und auch in Versammlungen. Der Kassierer verliert sein Amt, vielleicht gar seinen guten Namen, der Verband nicht nur Geld, sondern auch Vertrauen.

Man wähle auch als Kassierer kein Mitglied, das in allzu schlechter wirtschaftlicher Lage ist. Gewiß geht es bei unsern Mitgliedern durchweg schmal her, aber es gibt doch Unterschiede. Wer durch Arbeitslosigkeit oder Krankheit, oder durch eine zahlreiche Familie, oder andre Ursachen wirtschaftlich besonders schlecht gestellt ist, eignet sich nicht zum Verwalter fremder Gelder. Drückende Not hat schon manchen veranlaßt, aus der verwalteten Kasse ein Stümchen zu entnehmen. Selbstverständlich mit der festen Absicht, es recht bald wieder zu decken. Doch die Not kehrt sich nicht an gute Vorsätze. Der ersten folgt vielleicht die zweite Anleihe; dann kommt die Revision, der Eingriff wird entdeckt, das Unglück ist fertig. Es ist billig, hinterher zu greinen über schlechte Menschen und schwache Charaktere, aber es ist klüger, solchen Fällen nach Möglichkeit vorzubeugen durch sorgfältige Prüfung aller Umstände bei der Wahl des Kassierers.

Der dritte Bevollmächtigte.

Der dritte Bevollmächtigte trägt in der Regel weniger Verantwortung. Das soll aber nicht dazu veranlassen, an diese Stelle ein beliebiges Mitglied zu wählen. Vielmehr eignet sich

gerade dieser Posten für jüngere, befähigte, strebsame Mitglieder, die sich die für verantwortlichere Posten erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen aneignen wollen. Da der dritte Bevollmächtigte die eigentlichen Schriftführerarbeiten erledigen soll, muß er die dazu erforderliche Schreibgewandtheit — die übrigens nicht allzu groß sein muß — besitzen.

Die Revisoren.

Die Revisoren bilden eine sehr wichtige Körperschaft in der Zahlstellenleitung. Sie sollen die Tätigkeit der Bevollmächtigten, namentlich des Kassierers, kontrollieren. Also müssen sie die Kenntnisse und Erfahrungen haben, die ihnen ein Urteil über diese Tätigkeit ermöglichen. Vor allem müssen sie unser Abrechnungswesen kennen und im Rechnen beschlagen sein. Alles das nützt ihnen aber nichts, wenn sie nicht den festen Willen haben, ihre Aufgabe pflichtgemäß zu erfüllen. Daran hapert es leider sehr oft. Keine andre Gruppe von Funktionären verfaßt so oft wie die Revisoren. Zum Teil aus allzu großem Vertrauen, zum Teil aus Leichtgläubigkeit, zum Teil aus Mangel an Pflichtgefühl, zum Teil aber auch aus Mangel an den erforderlichen Fähigkeiten. Es sollte deshalb schon bei der Wahl der Revisoren davon ausgegangen und darauf hingewiesen werden, daß die mit dieser Funktion betrauten Mitglieder sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen haben und nicht nur zur Dekoration gewählt werden. Die Bevollmächtigten selbst müssen nachlässige Revisoren immer wieder an ihre Pflicht erinnern, und der Kassierer sollte sich Revisoren, die ihre Pflicht nicht tun, die die monatliche Revision veräumen, bei der Vierteljahrsabrechnung nur oberflächlich nachsehen, statt sorgfältig zu prüfen, einfach nicht gefallen lassen. Niemand aber sollte der Kassierer in der scharfen Kontrolle ein persönliches Mißtrauen erblicken und gewissenhafte Revisoren scheel ansehen!

Schluss.

Aus den hier kurz angedeuteten Aufgaben der Bevollmächtigten ist schon ersichtlich, daß es nicht immer und überall gelingen wird, für jeden Posten ein durchaus und in allen Punkten geeignetes Mitglied zu erhalten. Namentlich bei Neugewählten fehlt es zunächst. Es sollte deshalb auch danach gestrebt werden, die Mitglieder der Zahlstellenleitung möglichst lange auf ihren Posten zu erhalten. Das ist allerdings wiederum nur dann möglich, wenn der einzelne nicht mit Arbeit überladen und schließlich noch mit Tadel überhäuft wird. Die Mitglieder der Zahlstellenleitung müssen zusammenarbeiten, sie redlich in die Pflichten teilen, dann wird es dem einzelnen nicht zu schwer. Wo alles auf zwei Schultern ruht, wird schließlich nichts ganz getan. Den Kritikern an der Tätigkeit der Ortsverwaltung aber sei gesagt, daß Kritik nur nützlich ist, wenn sie bessert, nicht aber dann, wenn sie herabschneidet. Mängel sollen aufgedeckt, Schäden beseitigt, Fehler gerügt werden, aber immer in kollegialer Weise und unter gerechter Berücksichtigung der Arbeit und des guten Willens derer, die man zur Verantwortung ziehen will. Geschieht das, so wird es nicht allzu schwer halten, die einmal gewählten, eingearbeiteten Mitglieder recht lange an ihrer Tätigkeit zu halten und für etwa frei werdende Posten tüchtige, eifrige Mitglieder zu gewinnen.

Ein brutales Zerstörungswerk in Oberschlesien.

(Gründung eines „polnisch-sozialistischen“ Verbandes.)

Im schwarzen Oberschlesien, dort wo Hunderttausende Arbeiter in den Großbetrieben des Hohens, der Grafen, Fürsten und Herzöge, im Frondienst stehen, dort, wo die Arbeiter in unerhörter geistiger, wirtschaftlicher und politischer Knechtschaft leben, ist der Kulturarbeit der freien Gewerkschaften ein neuer Gegner entstanden: „Partei polnischer Sozialisten — kurz: P. P. S.“ — nennen sich die Leute, die die Brandfackel der Vernichtung gegen die freien Gewerkschaften unter einem wahren Indianergeheul schwingen. Man weiß nicht, ob man diese Frevelthat Verbrechen oder Wahnsinn nennen soll. Nirgends, in keiner Ecke des Deutschen Reiches, dürfte es so schwer sein wie in Oberschlesien, die Arbeiter zu organisieren. Und nirgends gibt es so viel Arbeiterzerpfitterter wie gerade dort. Riesige Opfer haben die freien Gewerkschaften — auch unser Verband — in Oberschlesien an Zeit und Geld gebracht, um die dortigen Arbeiter zu organisieren und sie fähig zu machen, den Befreiungskampf zu führen. Nun kommen einige Leute daher, Egoisten, fanatische Nationalisten, die sich fälschlicherweise auch noch Sozialisten nennen, und wollen das mühsam aufgebaute Werk in der brutalsten Weise zerstören, indem sie den Separatismus predigen.

Am zweiten Weihnachtstfesttag 1913 ist in der galizischen Grenzstadt Dzwicim das Kind mit Namen „Polnisch-sozialistischer Zentralverband“ geboren worden. Es soll dies ein neuer Erlöser des polnischen Arbeitervolkes in deutschen Landen sein. In Wirklichkeit wird dieser neue „Messias“ dazu beitragen, daß das polnische Arbeitervolk zur vollständigen Ohnmacht verdammt wird und sich weder gegen Ausbeutung noch gegen die politische Unfreiheit erheben kann. Es ist ja bekannt, wie schwer die österreichische

Gewerkschaftsbewegung durch den Separatismus der Tschechen geschädigt worden ist. Und trotzdem, oder vielleicht gerade deswegen, machen die polnischen „Sozialisten“ in Deutschland den Tschechen ihr Zerstückelungswort nach.

Was hat nun die Leute zu der frivolen Tat geführt? Um diese Frage beantworten zu können und auch dem Fernstehenden einen Einblick in den Gang der ober-schlesischen unangenehmen Dinge zu gewähren, müssen wir uns hier kurz mit dem Streit zwischen der polnischen und der deutschen Partei in Oberschlesien, der seit mehr als einem Jahre besteht, beschäftigen. Mit politischen und religiösen Dingen beschäftigen wir uns sonst nicht, mischen uns auch grundsätzlich in keiner Parteistreit ein. Auch in Oberschlesien haben wir es nicht getan. Da man aber jetzt dort zu einem Schläge gegen die Gewerkschaften ausholt, müssen wir sagen, was ist.

Bekanntlich besteht in Oberschlesien seit dem Jahre 1906 eine Doppelorganisation der sozialdemokratischen Partei, eine polnische und eine deutsche. Dieses Verhältnis ist mit Zustimmung des Parteitag geschaffenen worden, um die polnischen Arbeiter besser organisieren zu können. Die Partei polnischer Sozialisten — P. P. S. — hatte auch ein eigenes, dreimal wöchentlich erscheinendes Organ: „Gazeta Robotnicza“ (Arbeiterblatt). Zur Erhaltung der „Gazeta Robotnicza“ und zur Agitation erhielt die P. P. S. erhebliche Summen vom Vorstand der deutschen Partei. Da weder die Zahl der Leser des polnischen Parteiblattes noch die Mitgliederzahl der P. P. S. sich vermehrte, also absolut kein Fortschritt zu verzeichnen war, machte der deutsche Parteivorstand der P. P. S. den Vorschlag, die „Gazeta Robotnicza“ in ein Wochenblatt umzuwandeln. Nun machte aber die P. P. S. das Gegenteil. Sie beschloß, die „Gazeta Robotnicza“ in ein täglich erscheinendes Blatt umzuwandeln und gab den „Dziennik Robotniczy“ (tägliches Arbeiterblatt) heraus. Gleichzeitig wurde gegen die deutsche Partei und gegen alles, was nach deutsch riecht, eine Kampfstellung eingenommen. Daraufhin verweigerte der deutsche Parteivorstand der P. P. S. weitere Geldunterstützungen. Am 1. Dezember 1912 erhielt die P. P. S. das letzte deutsche Geld, und schon am 7. Dezember schrieb das polnische Parteiblatt unter anderm, daß, wenn ein polnischer Arbeiter eine deutsche Zeitung liest oder einem deutschen Verein angehört, die P. P. S. dann solche Menschen unter keinen Umständen als Genossen, sondern als Renegaten betrachten und sie mit dem Blick der Verachtung messen und sie so behandeln wird, wie sie es verdient haben.

Immer hitziger und häßlicher ist dieser Kampf nach und nach geworden. Doch die Gewerkschaften ließ man noch in Ruhe. Noch vor einem halben Jahre haben die Führer der P. P. S. Seite an Seite mit uns gegen die nationalitätspolitische polnische Berufsvereinigung gekämpft. Die freien Gewerkschaften hielten sich auch immer äußerlich neutral, mischten sich nicht im geringsten in den Parteistreit ein. Als aber der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Jena im September v. J. beschloß, daß in Deutschland nur eine Parteioorganisation bestehen soll und die polnischen Genossen aufzuforderte, zur deutschen Partei überzutreten, da stieg die Wut der Führer der P. P. S. zur Bejammungslosigkeit. Nunmehr wurde auch den freien Gewerkschaften der Krieg erklärt. In Gemeinschaft und Dummheit ließ und läßt heute noch der Kampf der P. P. S. gegen die deutsche Partei und die freien Gewerkschaften nichts zu wünschen übrig. Der „Dziennik Robotniczy“ nennt die Gewerkschaften Germanisierungsvereine, denen kein polnischer Arbeiter angehören darf. Die für Partei und Gewerkschaften tätigen Personen werden als besessene Diktatoren, Germanisatoren, Galaktiker, Kreaturen der preussischen Regierung usw. bezeichnet. Am schlechtesten geht es dabei unsern polnisch sprechenden Kollegen. Sie werden Renegaten und Heuchler genannt, die ihre Nation verleugnen. Am 14. Dezember v. J. schrieb der „Dziennik Robotniczy“ neben dem widerlichsten Geschimpfe auf die deutsche Partei und die Gewerkschaften auch folgenden Wahnsinn: „Wir wollen lieber die erbittertesten Reaktionäre vom klafften Wasser, Hatalisten, wir wollen lieber mit Bajonetten und Kanonen bewaffnete Feinde, weil wir uns gegen diese offenen Feinde so oder so verteidigen können!“

Die Reaktionäre vom klafften Wasser sind also den P. P. S.-Leuten lieber als die für das Wohl der Arbeiter ehrlich kämpfenden freien Gewerkschaften. Und tatsächlich wollte man die in den freien Gewerkschaften organisierten polnischen Arbeiter an die Reaktion, an die polnischen Schlächterschergen, verschachern. Am 23. November v. J. erschien im „Dziennik Robotniczy“ ein Artikel, in welchem der Anschluß der P. P. S.-Anhänger an die polnische Berufsvereinigung empfohlen wurde. Verfasser dieses Artikels war unser jetziges Mitglied Gaszyt, der bei uns eine wenig rühmliche Rolle spielte. Schon Mitte Dezember hat der Vorsitzende der P. P. S. an den Vorstand der polnischen Berufsvereinigung geschrieben, sie möge Zeit und Ort bestimmen, um über einen event. Uebertritt der polnischen Arbeiter aus den freien Gewerkschaften zur polnischen Berufsvereinigung in Verhandlungen zu treten.

Unter Hohn und Spott legte die polnische Berufsvereinigung eine Verhandlung mit den P. P. S.-Leuten ab.

Was das bedeutet, die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter an die polnische Berufsvereinigung verschachern zu wollen, kann man der erweisen, der diese nationalitätspolitische Organisation und ihren Betrug an den Arbeitern kennt. In der Nr. 21 des „Proletariats“ vom 24. Mai 1913 haben wir ihr freies Treiben beim ober-schlesischen Bergarbeiterstreik geschildert. Der Vorsitzende der P. P. S. in „Dziennik Robotniczy“, Herr Winiszkiwicz, hat damals in allen Tönen in seinem Blatte den Uebertritt der polnischen Berufsvereinigung verurteilt. Er verurteilte auch ein Flugblatt nach dem Streik, in welchem es hieß:

Durch die Streikverweigerung haben die Sozialisten, Christen und Bergarbeiter ein Verbrechen begangen, und ihnen zur Hilfe kamen die Abgeordneten Dombek und Seppich.

Es war ein Verbrechen, die Proklamieren des Streiks ohne Geld, aber ein noch größeres Verbrechen war es, den Streik nach dreiwöchiger Dauer abzubrechen, wo die Bergarbeiter wie ein Mann handten und die Stimmung für die Kampflisten immer schwieriger wurde.

Die Bergarbeiter wurden getrieben zur Arbeit zurückzuführen, und keine kleinen Taten der Mörder, Feinden und der hungernden Bergarbeiter.

Nur der Streikverband hat im Streik keine Hilfe getan. Das Resultat brauche aber der Streikverband nicht ändern, weil keine Mitglieder im Streik zu den in Oberschlesien beschäftigten Bergarbeitern zu gehen. Die Mitglieder der Streikverbände haben während des Streik 22 Mt. Unterstützung erhalten und konnten im Streik ausbleiben. Was bedeutet aber diese Unterstützung der noch Lebenden im Vergleich zu der Waise, welche keine genügende oder gar keine Unterstützung erhalten hat.

Dieser verlorene Streik lehrt uns, daß auf wirtschaftlichem Gebiete man sich nur in den Zentralverbänden organisieren muß.

Ohne Rücksicht auf Religion und Nationalität soll man diesen beitreten, um eine mächtige Proletarierarmee gegen den religions- und nationallosen Kapitalismus zu schaffen.

Derselbe Mann, der diese richtigen Sätze vor einem halben Jahre schrieb, geht jetzt hin und versucht, seine Landsleute an diese Gesellschaft zu verkaufen. Schlimmer hat Judas auch nicht gehandelt! Weil dieses Geschäft nicht gelungen ist, hat man auf dem Parteitag in Ostwiecim eine Sonderorganisation geschaffen.

Die separatistische Organisation — Polnisch-sozialistischer Zentralverband — soll auch gleich der Behörde als eine politische Organisation angemeldet werden. Es ist also klar, was dieser polnische Verband bezwecken wird. Er wird sich mit politischen und polnisch-nationalen Fragen beschäftigen. Gewerkschaftliche Fragen werden dabei vollständig in den Hintergrund gerückt werden. Für Oberschlesien sollen die Beiträge 35, 45 und 55 Pf. pro Woche betragen. Für das übrige Deutschland sollen noch größere Abstellungen vorhanden sein. Was diese neue Organisation ihren Mitgliedern bietet, ist uns noch nicht bekannt. Sie kann aber bieten, was sie will, halten kann sie nichts. Die Mitglieder werden die Betrogenen sein, denn das Geld, was da eintrifft, wird ja kaum ausreichend sein, um den „Dziennik Robotniczy“ zu halten und die Agitationskosten der P. P. S. zu bezahlen. Wir wissen, welche Summen die P. P. S. bis jetzt verschlang, und da die Geldquelle versagt hat, sollen nunmehr die polnischen Arbeiter geschöpft werden.



Den Feinden des Koalitionsrechts ins Stammbuch.

Der bekannte Nationalökonom Professor Ugo Brentano, den der verlorbene Scharfmacherknecht Alexander Tille mit seinem besonderen Hasse beehrte, schreibt in einem im Vorjahre erschienenen Werkchen über den „Arbeitswilligen Schuß“:

„Im gesamt bürgerlichen Leben denkt man wegworfend von dem, der aus egoistischen Motiven die Interessen seiner Kameraden opfert, und diejenigen, welche sich solcher Handlung schuldig machen, können straflos deshalb getadelt werden. Unser Strafgesetzbuch kennt keine Strafen wegen Ehrverletzung, sofern sie keine Beleidigung enthält und die etwa darin enthaltene beleidigende Äußerung wahr ist. Anders wenn ein Arbeiter einem Streikbrecher Vorwürfe macht; er wird nach § 153 der Gewerbeordnung, eben weil das Streikverbrechen unehrenhaft ist, wegen Ehrverletzung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft.

Unser Strafgesetzbuch kennt keine Strafe wegen Verurteilung, und ungestraft wird in allen Gewerkschaftsklassen von Verurteilungen gegenüber solchen Gebrauch gemacht, welche gegen Sitte, Ehre, Interessen und Anschauungen der Kreise, denen sie angehören, verstoßen. Namentlich wird bei Kartellen die Verurteilung als wirksames Mittel gegen solche Firmen gehandhabt, welche unter den Kartellpreisen verkaufen. Dagegen bedroht sie der § 153 der Gewerbeordnung, wenn zur Förderung von Koalitionen vorgenommen, mit Gefängnis bis zu drei Monaten, läßt sie dagegen ungestraft, wenn sie zur Verhinderung oder Sprengung von Koalitionen stattfindet.

Ferner: Unser Strafgesetzbuch kennt keine Strafbestimmungen, wenn einem anderen, um ihn zu einer erlaubten Handlung zu bewegen, mit einer Handlung oder Unterlassung gedroht wird, zu der der Drohende berechtigt ist. Dagegen wenn ein Streiter einem Streikbrecher auch nur Freundschaft und Umgang kündigt, kann er nach § 153 der Gewerbeordnung wegen Drohung mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft werden.

Warum stellt man nicht einfach alle gelegentlich von Arbeitseinstellungen und Aussperrungen begangenen Vergehen und Verbrechen unter die Bestimmungen des gemeinen Strafrechts, indem man den Inhalt des § 153 beseitigt und die gelegentlich von Arbeitsstillständen begangenen Delikte nach dem gemeinen Rechte bestraft?“



Wenn die freien Gewerkschaften nicht mehr Interesse für das Wohlergehen der polnischen Arbeiter hätten als die Führer der P. P. S., so könnten sie sagen: Wir haben genug Opfer für euch gebracht, wenn ihr das nicht einsehen wollt, wenn ihr auf uns schimpft und Wege einschlagt, die euch ins Verderben führen, gut, macht, was ihr wollt; wir verlieren nichts dadurch und behalten unser Geld. Die freien Gewerkschaften werden das aber nicht tun, sie werden weiter Opfer für unsere polnischen Arbeitsbrüder bringen. Denn nicht alle polnischen Arbeiter werden dem Winiszkiwicz und Konjorten folgen. Selbst der größte Teil der jetzigen Anhänger der P. P. S. bleibt den freien Gewerkschaften treu, da sie so viel Verstand haben, um die Dummheiten der „National-Sozialen“ nicht mitzumachen. Auch einige Mitglieder unseres Verbandes, als Querschnitte bekannt, tüten kräftig in das separatistische Horn. Doch die große Mehrheit unserer Kollegen ist vernünftig genug, um Leuten mit unerbauten Ideen nicht zu folgen.

Allen denen, die Umwandlungen bekommen, den Separatisten folgen zu wollen, empfehlen wir, das zu beachten, was ein polnischer Arbeiterführer früher bei verschiedenen Anlässen über den Separatismus sagte:

„Jeder, der die Arbeiter von den freien Gewerkschaften ausplünder, ist ein Verbrecher! Die polnische Berufsvereinigung ist der größte Schädling der Arbeiter, weil sie als Sonderorganisation nie etwas leistet kann! Die Tschechen sind direkt verrückt, daß sie mit ihrem blöden Separatismus die Gewerkschaften spalten! Der Separatismus ist eine Krankheit der Dummheit, die damit nur dem Kapital dienen! Der Scheitler will jetzt Sonderorganisationen gründen, der glaubt wohl, die Arbeiter sind so dumm wie er und lassen sich ins Unglück führen!“

Der dieses sagte, war kein anderer als der Vorsitzende der P. P. S., Herr Joseph Winiszkiwicz aus Katt-

witz. Das ist derselbe Herr, der jetzt die so oft getäuschten ober-schlesischen Arbeiter zum Separatismus und ins Verderben führt! Die Arbeiterführer polnischer Zunge, die seinen Dummheiten nach folgen, nennt er verächtlich Renegaten. Er selbst ist aber der größte Renegat, denn er wechselt seine Gesinnung wie ein altes Hemd. Nach seinem eigenen Ausspruch sind er und seine separatistischen Genossen Verbrecher, denn er will die Arbeiter von den freien Gewerkschaften abspalten. Wir können unsern polnischen Arbeitskameraden nur empfehlen, das zu tun, was Winiszkiwicz vor einem halben Jahre in dem schon erwähnten Flugblatt schrieb:

Ohne Rücksicht auf Religion und Nationalität soll man den freien Gewerkschaften beitreten, um eine mächtige Proletarierarmee gegen den religions- und nationallosen Kapitalismus zu schaffen. W. S.

Verlorene Frauenleben.

Notizreihe aus der Tiefe des Proletarierlebens.

... Den Damen der „besten und allerbesten Gesellschaft“, die sich um Weibchancen aus einem menschlich schönen Gefühl heraus der Armenunterstützung besonders annehmen, kann nicht dringend genug das Büchlein von Fräulein Dr. Li Fischer-Eckert über die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industriestaat Hamburg im Rheinland zum aufmerksamen Studium empfohlen werden: „Vermutlich wird nach dem Lesen des von der öffentlichen Kritik noch viel zu wenig beachteten Schriftchens (erschienen im Verlag Karl Straube, Hagen i. W., der einen oder andern nachdenklichen Leserin die Erkenntnis bähmen, daß die Verfasserin keine „Auswüchse“, sondern einen organischen Fehler unserer vielgepriesenen Gesellschaftsordnung bloßgelegt hat.

Die Verfasserin gründet ihre Schilderung des Lebens der Arbeiterfrauen in einem modernen Industrieland auf Beobachtungen, die sie persönlich in 495 besuchten Familien machte und auf Auskünfte der Volksschulen u. a. über 3400 Familien. Li Fischer-Eckert verfügt nicht über eine genügende Kenntnis des Arbeitsprozesses in der Großindustrie und der gewerkschaftlichen Organisationsverhältnisse ihrer Arbeiter. Daraus erklären sich die unrichtigen Bemerkungen über die Differenzierung der Arbeiter im Bergbau, die technische Vorzubildung der Eisen- und Stahlwerkarbeiter usw. Doch kommt es hierauf nicht an. Der kulturgeschichtliche Wert des Büchleins liegt darin, daß eine atabemisch gebildete Gesellschaftsgenossin die Berg- und Fabrikarbeiterfrauen in ihren Wohnungen aufsuchte, sich teilnahmsvoll nach ihren Freuden und Leiden erkundigte, sich mit geübten Frauenaugen in der Häuslichkeit ihrer proletarischen Schwelmer umschaute und ein Frauenleben erschütternder Art entdeckte. Das Erschaute bietet sie uns in schlichter ergreifender Darstellung.

Über 100 000 Menschen, größtenteils Unanständige, zusammengeströmt aus vieler Herren Länder, bilden die Gemeinde Hamburg. Die Befragungen dieser Masse sind zum weitaus größten Teil im Besitz zweier großindustrieller Firmen: Thyssen (Deutscher Kaiser, Fischen und Güten) und Haniel (Bege Neumühl). In den diesen Unternehmen gehörigen Werkskolonien haust der Hauptteil der Hamburger Industriearbeiter. Würde es diesen Unternehmern einfallen, ihre Betriebe einzustellen, so wäre die Industriegroßstadt Hamburg vernichtet. Im stolzen Hochgefühl ihrer Macht diktiert denn auch die Industriefürren den Kolonialbewohnern die Hausgesetze, schreiben unter anderm vor, wie die Wohnung benutzt, wer als „Koflgänger“ aufgenommen werden darf, was mit den in den kleinen Hausgärten gezogenen Bodenfrüchten zu geschehen hat, bedrohen die „Unbotmäßigkeit“ des Familienvaters im Berufsstand, namentlich die Beteiligung an einem Streik mit dem Verlust der Wohnung. Thyssens Wohnungen müssen laut Mietvertrag „im Falle einer Beteiligung des Mieters an Arbeiterausständen“ auf Verlangen des Vermieters „ohne weiteres sofort geräumt werden“!

Das quälende Bewußtsein, jeden Augenblick das Dach über dem Kopfe verlieren zu können, läßt schon eine behagliche Häuslichkeit schwer aufkommen. Der Wechsel der Bevölkerung ist über alle Vermutungen stark. Nach den Gemeindeberichten zogen 1911/12 37 631 Personen zu und gingen 32 240 ab, bei einer Bevölkerung von 106 990 Seelen. Außerdem wechselten innerhalb der Gemeinde 47 116 ihre Wohnung. Aus einer von Li Fischer-Eckert veranstalteten Umfrage, die bis auf 1875/90 zurück die Aufenthaltsdauer der befragten Familien erforste, geht hervor, daß die Gehörgängigkeit der Bevölkerung abnimmt. Die große Masse der Proletarier führt ein wahres Nomadenleben. Die schlechten Wohnungsverhältnisse ersinden allmählich auch das Bedürfnis nach einer Kultivierung des eigenen Heims. Niemandes Heim! Das ist der Rahmen, der mit charakteristischem Ausbruch das einer mäden, ausgemergelten, vielgewanderten Menschengruppe umschließt, wo auf den schwachen Schultern der Frau Herculesarbeit liegt, mit Mitteln, die zwar hier in Hamburg ausnehmend sind als andernwärts, sind auf kind zur Welt zu bringen, Krankheit, Siechtum und Sterben fernzuhalten, Ordnung und Sauberkeit zu pflegen und den Kindern noch dazu eine aufmerksame Erzieherin zu sein.

Von den besuchten 495 Frauen waren 234 früher Dienstmädchen, nahmen also eine Stellung ein, die nach landläufiger Ansicht besonders geeignet sein soll als Vorhülle für eine tüchtige Hauswirtin. Li Fischer-Eckert gruppierte nach ihren Beobachtungen die untersuchten Haushaltungen in vier Klassen. Der ersten Klasse gehörten solche Haushaltungen an (108), die behaglich, der zweiten solche (189), die noch einigermaßen kulturreich sind, der dritten solche (58), die armfelig eingerichtet sind, während die vierte Klasse (145) solche Haushaltungen umfaßt, die „höllischer Verwahrlosung“ anheimfielen. Nur gut ein Fünftel der Haushaltungen entsprach dem Bilde, das man sich außerhalb des Industriegebiets unter dem Einflusse des Gerüchtes über den „steigenden Volkswohlstand“ von dem Leben der Großindustriearbeiter macht. Die Erläuterungen der Verfasserin über die Ursachen der überaus jammervollen Verschaffenheit der weitaus meisten Haushaltungen machen offenbar, daß dies Elend nur zum geringsten Teil in der „Faulheit“, der unwirtschaftlichen „Verwendungsart“ oder in der Unfähigkeit der betreffenden Hausfrauen begründet ist. Die Verarmung und Verwahrlosung ist vielmehr die Folge eines zu geringen Einkommens, der Lohnverschlechterungen bei gleichzeitiger Verteuerung der Lebenshaltung, der mit den vielen Geburten zusammenhängenden Krankheiten und Sterbefälle und des Nomadenlebens der Heimatlosen. Das Nomadenleben ruiniert das ohnehin klägliche Hausgerät zum Verwüsten. „Dreimal umziehen ist so gut wie einmal abgebrannt“. Unzählige osterbische und ausländische Familien wandern ohne oder fast ohne jedes Hausgerät zu; ein Bündel, eine kleine Holzkiste birgt das ganze Hab und Gut dieser Nomaden. Sofort geraten sie in Schuldnechtschaft beim Werkunternehmer oder beim Krämer, und geraten dadurch in immer schwerere Abhängigkeit. Vielen Familien gelingt es niemals, sich aus dieser Knechtschaft zu befreien; ein Teil sucht sich durch „Verzweifeln bei Nacht und Nebel“ ihren Gläubigern zu entziehen; Väter verlassen plötzlich Frau und Kinder auf Kummerwiedersehen, um die drängenden Gläubiger und die hungrigen Mäuler loszuwerden. Unter solchen Umständen vermehrt sich das Lumpenproletariat.

Die in dieser Bevölkerung noch vorwommenden großen Kinderzahlen vermehren die Bedürftigkeit. Kammen doch auf jede befragte Bergmannsfamilie im Durchschnitt 5,58, auf jede Fabrikarbeiterfamilie 2,83 lebende geborene Kinder. Die Kindersterblichkeit ist ungeheuer groß! Von den 1569 Bergarbeiterkindern starben 449, von 964 Fabrikarbeiterkindern 256. Dies schreckliche Kindersterben ist eine furchtbare Anlage gegen die „gottgewollte“ Gesellschaftsordnung. Das hierdurch hervorgerufene Elend, die Verarmung der Familien infolge zu reichlichen Kinderbesizes ist der Beweggrund für die zunehmende Anwendung lebensgefährlicher Abortivmittel. Hier können keine Polizeigesetze bessern; lebens blutarmen Proletariat kann nur die Besserung der ökonomischen Verhältnisse von Grund auf Rettung bringen.

Im Kampfe mit des Lebens Not und mit Kindbettkrankheiten reißt sich die Mehrzahl der Frauen auf. Ihre Lebenshoffnung, ihre Widerstandskraft gegen die Verwahrlosung wird zermürdet. Schon in der Klasse II (leibliche Wohnungsverhältnisse) fehlt es oft an dem Nötigen; die Kinder haben keine Feiertagskleider. In der 3. Klasse (58 Haushaltungen) waren nur 4 Familien „gesund“, bei 33 waren anhaltende Krankheiten (die Mütter meistens unterleibschleidend) die Veranlassung der schauerhaften Wohnungsverhältnisse. Unsauberkeit, schlechte Gerüche, die Betten und meistens gar nicht mehr überzogen, die Stroffäden liegen in grauen schmutzigen Packleinen... kurzum schon ein Bild großen Jammers. In der 4. Klasse (145 Haushaltungen) ist das entsetzliche

Stendebild vollständig. Die Armen sind in der Hoffnungslosigkeit ver-

kommen, die stumpfsinnige Verzweiflung beherrscht alles! Nichts kann besser das himmelschreiende physische und moralische Elend dieser Menschen charakterisieren als ihre Antwort auf die Frage, worauf sie hoffen: daß sie einmal aus den Schulden herauskämen und satt zu essen hätten! Kein höheres Ziel mehr als die Stillung des Hungers!

Zu dem Kleinliege um den nordürftigsten Lebensunterhalt „fällt nicht nur die persönliche Kraft zum Opfer, ebenso schlimm ist es, vielleicht noch schlimmer, daß in diesem nimmermüden Plagen um die Befriedigung der äußeren Bedürfnisse der Familie nach und nach jedes persönliche Leben der Mutter leiden muß, daß sie verlernt, sich einmal auf sich selbst zu besinnen, daß sie zum Schluß nur noch ein mechanisches Werkzeug ist, das wie der Sklave im römischen Staat nur als Sachgut bewertet wird und sich selbst auch als nichts andres mehr vorzumont!

Leben einigen millionenreichen Weltseignern eine große Masse erschreckend verelendeter Proletariat! Das erinnert allerdings an alt-römische Frauen, von denen das Wort gilt: „Und sie hatten nichts, wo sie ihr Haupt hinlegten.“

Papier-Industrie

Wohlfahrtseinrichtungen in der Papierindustrie.

II.

In der Nähe von Köln liegt die Feinpapierfabrik J. S. Schoeller in Düren. Geistlichkeit und Kapitalisten machen argwöhnisch darüber, daß jede Begehlichkeit der Arbeiterschaft im Keime erstickt wird. Selbstverständlich sucht auch die Firma Schoeller die miserablen Entlohnung ihrer Arbeiter durch Wohltätigkeitseinrichtungen zu ergänzen.

Die Firma besorgt für ihre Arbeiter den gemeinsamen Einkauf von Kohlen und Lebensmitteln. Als vor kurzer Zeit das christliche „Graphische Zentralverbändchen“ eine Lohnbewegung markierte, stellte Schoeller einfach die Lieferung der Kohlen ein. Um die Arbeiterschaft so abhängig wie nur möglich zu halten, erstellte die Firma Einfamilienhäuser zur Miete und zum Verkauf gegen mäßige Abzahlung. Nach mindestens 12jähriger Tätigkeit können invalide Arbeiter Zuwendungen aus einer Schoellerstiftung erhalten. Ein Recht auf diese Zuwendungen haben die Arbeiter nicht. Hat der Arbeiter seine Knochen 25 Jahre in den Dienst der Firma gestellt, so erhält er das bekannte Diplom der Papierfabrikanten sowie ein Geldgeschenk, über dessen Höhe der Bericht der Firma schweigt. Speisesäle, Ankleideräume und Badeanstalten gelten auch hier als Wohlfahrtseinrichtungen. Eine recht eigenartige Wohlfahrtseinrichtung ist auch das von Felix Heinrich Schoeller zum Gedächtnis an seine Eltern gestiftete evangelische Gemeindehaus in Düren im Werte von zirka 300 000 Mark. Welchen Wohltätigkeitswert diese Schenkung für die Schoellerschen Arbeiter haben soll, weiß außer Schoeller und der Dürener Geistlichkeit jedenfalls niemand.

In dem badischen Musterländle befindet sich die Zellulosefabrik Ludwig Trieb in Rehl. Da diese Firma ihre Wohltätigkeitseinrichtungen ebenfalls der Mittelwelt unterbreitet, wollen wir sie hier kurz registrieren. 15 Häuser mit Gärten bieten 36 Familien Wohnungen. Gegen derartige Einrichtungen wäre eigentlich wenig einzuwenden, wenn dieselben nicht systematisch zur Einengung der persönlichen Freiheit des Bewohners benützt würden. Im Schwarzwald befindet sich ein Erholungsheim für Angestellte und deren Familien; leider hält es die Firma Trieb nicht für nötig, auch ihren in Hitze und Säuredämpfen schaffenden Arbeitsbienen alljährlich einen Erholungsurlaub zu gewähren. Der Firma Trieb scheinen die Debatten über den Gebührentarif etwas schwer auf die Nerven gefallen zu sein, denn sie setzt in ihrem Wohltätigkeitsplan eine Kinderprämie fest. Jeder verheiratete Arbeiter mit mehr als 3 Kindern unter 14 Jahren erhält nämlich für jedes weitere Kind eine Kinderzulage von 10 Pf. pro Tag. Arbeitsunfähige Arbeiter, bei Todesfall deren Witwen, erhalten nach 10jähriger Tätigkeit eine kleine Pension. Speiseräume, Kantine und Bäder zählt auch diese Firma zu den Wohlfahrtseinrichtungen.

Es ist nur ein kleiner Bruchteil der bestehenden Wohlfahrtseinrichtungen innerhalb der Papierindustrie, die Beiträge zu dem genannten Werke geliefert haben. Alle verschweigen aber, daß die Furcht vor der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter der erste Beweggrund zur Schaffung solcher Einrichtungen war. Gibt es doch Werke, die ihre Arbeiter direkt zwingen, von diesen Einrichtungen Gebrauch zu machen, weil die Unternehmer und ihre Trabanten dadurch Gelegenheit haben, ihre Arbeiterschaft Tag und Nacht zu kontrollieren. Wenn die Unternehmer Wohlfahrtseinrichtungen erstehen lassen, so geschieht dieses nicht aus Menschenliebe, sondern aus Profitgier. In brutaler Offenheit befrähtigte dies vor einigen Jahren die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“, indem sie schrieb:

„Im allgemeinen liegen die Verhältnisse so, daß die Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen gerade durch das Interesse der Arbeitgeber selbst bedingt wird. Man kann demnach sagen, daß überall da, wo für die Arbeitgeber ein Vorteil aus solchen Wohlfahrtseinrichtungen nicht erwächst, deren Schaffung auch unterbleibt.“

Wenn der Hansabund und die in ihm vereinigten Arbeitgeber ihre große Opferwilligkeit für die Arbeiter in die Welt hinausposaunen, so steht das jedenfalls im direkten Gegensatz zu ihrem sonstigen Gejammer über die enormen Lasten, die angeblich für unsere Sozialpolitik aufgemendet werden müssen. Oder aber unsere Unternehmer halten es mit der schon zitierten „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, die in dem angezogenen Artikel über die Kosten der Wohlfahrtseinrichtungen schrieb:

„Zwischen beiden (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) besteht ein Geschäftsverhältnis, nämlich der Lohnvertrag, woraus für den Geber die Möglichkeit erwächst, die Kosten für die Wohlfahrtseinrichtungen auf den Empfänger selbst abzuwälzen, indem er sie ihm vom Lohn abzieht.“

Kein gewerkschaftlicher Agitator kann die Moral der Unternehmer schärfer geißeln, als es hier das Leiborgan der Scharfmacher selbst tut. Die Wahrheit dieser Worte steht jedenfalls außer Zweifel. Die Mehrheit der deutschen Arbeiter weiß das. Sie hat erkannt, daß der ganze Wohlfahrtshumbung nur verstärkte Ausbeutung der Arbeiter und systematische Streifenführung der Deffentlichkeit zum Zwecke hat. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen verzichten deshalb gern auf derartige Wohlfahrt; sie verlangen angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen, um sich und ihre Familien anständig ernähren zu können. Sie verzichten auf die Gnadenbrotchen der Unternehmer und würden allen Wohlfahrtseinrichtungen gern ein herzlich gemeintes „Fahr! wohl!“ zurufen.

St.

Der Geschäftsgang der Papierindustrie im Monat Dezember 1913.

Nach Mitteilungen des „Reichsberichtsblattes Nr. 12“ war die Zelluloseindustrie auch im Monat Dezember gut beschäftigt, schlechter steht die Arbeitslosigkeit hat im Monat November gegenüber

dem Vormonat in der Papierindustrie etwas nachgelassen. Allerdings ist dies kein Zeichen für einen allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung, sondern hauptsächlich auf die Weihnachtssaison zurückzuführen; es liegt die Vermutung nahe, daß nach den Feiertagen wieder ein flauer Geschäftsgang Platz greifen wird.

Es entfielen in den letzten drei Berichtsmonaten auf je 100 offene Stellen folgende Stellengefüge:

	September		Oktober		November	
	1912	1913	1912	1913	1912	1913
Männliche	213	282	195	238	174	178
Weibliche	107	128	121	144	121	134

Im Berichtsmonate lagen hauptsächlich die Holzschleifereien über schlechten Geschäftsgang, während derselbe in den übrigen Zweigen der Papierindustrie als befriedigend angesehen werden kann. Unsere Papierfabrikanten lagen allerdings immerfort mehr über schlechte Preise und über gegenseitige Preisunterbietungen, als über allzu schlechten Geschäftsgang. Gewöhnlich haben die Arbeiter die Kosten dieser Konkurrenz zu tragen. Es sollte deshalb nicht nur den Fabrikanten, sondern hauptsächlich den Papierarbeitern einleuchten, daß durch eine gute gewerkschaftliche Arbeiterorganisation, wie sie der Fabrikarbeiterverband darstellt, manchem dieser Herren die Schmutzkonturen ganz gehörig verleiht werden könnte.

Die Schädlichkeit der Säuredämpfe und Laugen der Zellulosefabriken.

Beim Entleeren der Zellulosefässer erfüllen schwefelige Dämpfe nicht nur die Fabrikräume, sondern auch die Luft außerhalb der Fabrik ist mit diesen Dämpfen durchdrückt. Der Mensch, der gezwungen ist, sich in den Fabrikräumen oder in deren Nähe aufzuhalten, sobald die Kocher entleert werden, wird durch das Einatmen dieser Dämpfe von Hustenankäufen und Atemwegsbeschwerden betroffen. Lungenerkrankungen und Magenleiden bilden deshalb die Berufskrankheiten der Zellulosearbeiter. Doch nicht nur die Menschen, sondern auch Tiere und Pflanzen leiden unter diesen Dämpfen. So haben in Greaser in Norwegen mehrere Besitzer von Obstgärten gegen die dortige Zellulosefabrik die Klage auf Schadenersatz eingereicht, weil ihre Obstbäume seit längerer Zeit in steigendem Maße Schaden erlitten haben. Ihre Klage wird durch ein Gutachten eines Professors der Botanik gestützt, welcher Untersuchungen an Ort und Stelle vornahm und dabei die Schädlichkeit der Säuredämpfe für Pflanzen feststellte.

Nicht unbekannt ist auch die Schädlichkeit der Ablaugen für die Fische. Seit Jahren schon erheben die Besitzer von Fischzuchtanlagen an Flüssen, an welchen Zellulosefabriken liegen, Klage darüber, daß ihre Fische durch deren Abwässer vernichtet würden. Wie diese Dämpfe auf die in und bei den Fischern beschäftigten Arbeiter wirken, läßt sich denken. Vorhaben wäre es auch, diese Wirkungen durch eine Sachverständigenkommission untersuchen zu lassen. Vielleicht springt doch ein bißel Arbeiterschutz dabei heraus.

Geschäftsberichte.

Am 21. November fand die Hauptversammlung der Elberfelder Papierfabrik, A.-G., statt, in welcher sechs Aktionäre mit 1 911 000 Mk. vertreten waren. Ein Aktionär warf der Geschäftsleitung vor, daß sie die Lage des Unternehmens zu günstig darstelle. Die Verluste einschließlich Abschreibungen hätten von 1906 bis 1912 4 338 000 Mk. oder jährlich 700 000 Mk. betragen. Weiter bemängelte der betreffende Aktionär, daß die Gesellschaft in Eisenbahnkarton große Preisunterbietungen mache. Der Vorsitzende erwiderte hierauf, daß die Verwaltung bemüht gewesen sei, zu einem besseren Ergebnis zu kommen, leider sei aber die Diktation der Sache nicht gewachsen gewesen. Durch den inzwischen vorgenommenen Direktionswechsel hoffe man wieder geordnete Verhältnisse zu schaffen; jedenfalls sei es ein gutes Zeichen, daß der Umsatz gegenüber dem gleichen Monat im Vorjahre bedeutend gesteigert sei. — Verein für Zelluloseindustrie, A.-G., Dresden. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 1912/13 entschieden besser abgekommen als im Vorjahre. Während im Vorjahre noch ein Verlust von 1 706 Mk. gebucht werden mußte, hat die Firma für diesen Jahrgang einen Reingewinn von 115 352 Mk. erreicht. Um eine innere Kräftigung des Unternehmens herbeizuführen, wird keine Dividende verteilt. In den Jahren 1907 bis 1911 schwankte die Dividende zwischen 4 und 8 Prozent. Die Fabrik Wilmhausen war flott beschäftigt, ebenso war in Oberleschen der Geschäftsgang gut. Während die Firma über gestunkene Papierpreise klagt, kann sie andererseits eine Erhöhung ihrer Zellulosepreise für das kommende Geschäftsjahr notieren. Hoffentlich nehmen die Löhne der Arbeiter an diesem Aufschwung auch etwas teil, denn ein Durchschnittslohn von 26,4 Pf. ist für die jetzigen Lebensverhältnisse entschieden zu wenig.

— A.-G. Chromo in Altenburg. Dieses Unternehmen kann gleichfalls einen besseren Abschluß vorlegen, wenn auch eine Dividende noch nicht verteilt werden kann. Während im Vorjahre ein Betriebsverlust von 8144 Mk. ausgewiesen wurde, ergab sich für 1912/13 ein Gewinn von 22 306 Mk. Die Beschäftigung der Fabrik ist befriedigend. — Papierfabrik Reicholz, A.-G., Düsseldorf. Sehr gut hat die Papierfabrik Reicholz, A.-G., abgeschlossen. Die an Reicholz angeschlossene Papierfabrik Uetersen, die im ersten Geschäftsjahr noch mit rund 300 000 Mk. Unterbilanz arbeitete, hatte im zweiten Jahre schon einen Reingewinn von 117 000 Mk. und im dritten Geschäftsjahre 1912/13 einen solchen von 253 851 Mk., wovon eine Dividende von 7 Prozent verteilt wurde. Für die übrigen Werke verteilt die Gesellschaft für 1912/13 wie im Vorjahre wieder 18 Prozent Dividende. Die Gesellschaft, die zu den bestgeführten und ertragreichsten Firmen der deutschen Papierindustrie gehört, zahlte 1908/09 10 Prozent, 1909/10 15 Prozent und die folgenden drei Jahre je 18 Prozent Dividende. Es werden zurzeit in den der Gesellschaft angeschlossenen drei Werken 36 Beamte und 419 Arbeiter beschäftigt. Der Geschäftsgang wird als ein guter bezeichnet. Da die Firma sich mit Rohstoffen günstig versehen hat, ihr außerdem aber ihre vorzüglichen technischen Einrichtungen eine billige Produktionsweise ermöglichen, so rechnet die Firma, trotz Erhöhung des Grundkapitals auf 6 Millionen Mark, mit gleich hoher Dividende auch im kommenden Jahre.

— Düsseldorf. In der Papierfabrik von August Vogel in Ratingen bestehen Zustände, wie sie in einem geordneten Betriebe nicht zu finden sind. Namentlich die Behandlung der Arbeiter durch Meister und Betriebsleiter läßt sehr zu wünschen übrig. Ein Arbeiter erlitt in dem Betriebe dadurch einen Unfall, daß mehrere Benzin-Kocher auf ihn fielen. Die geringe Unterzählung zwang den Arbeiter schon nach einigen Tagen Ruhe, wieder in Arbeit zu gehen, damit er und seine Familie nicht hungere. Er hat den Meister Weidinger, ihm bis zu seiner Wiederherstellung eine leichtere Beschäftigung zu geben. „Scheren Sie sich an Ihre Arbeit“, war die Antwort. Der Arbeiter war an der Kollernmaschine beschäftigt und mußte wohl oder übel die schweren Rollen heben. Unternehmerrücklicht!

Die Löhne in dem Betriebe sind durchaus unzureichend. Die Firma kann den „Nutm“ für sich in Anspruch nehmen, von den 12 Papierfabriken in Düsseldorf und Umgegend die Arbeiter mit am schlechtesten zu entlohnen. Das Ueberstundenwesen steht in voller Blüte. So hat ein Arbeiter in 68 Tagen 172 Stunden geleistet. Nun kommt aber in Betracht, daß der Arbeitstag in der Papierindustrie überhaupt 12 Stunden beträgt. Rechnet man die Ueberstunden hinzu, so leistete der Arbeiter durchschnittlich pro Tag 14 1/2 Stunden Arbeit. Hat dann der Arbeiter noch eine Stunde Weges von und zur Arbeit, so verbleibt ihm pro Tag acht bis neun Stunden zur Ruhe. Das ist das Ideal des Papierfabrikanten und drückt der gefamten Papierindustrie den Stempel auf. Lange Arbeitszeit, niedrige Löhne und recht wenig Ruhe für die Arbeiterschaft, damit den Arbeitern Zeit und Gelegenheit genommen wird, über ihre elende Lage nachzudenken. Die Organisation in dem Betriebe ist dem Unternehmer ein Grauel. Man gibt sich alle Mühe, den Verband auszuwickeln. Das Demunquantum spielt dabei eine große Rolle. Die Arbeiterschaft hat ein großes Interesse daran, daß hier einmal Wandel geschaffen wird. Abhilfe kann aber nur geschaffen werden, wenn die Arbeiter sich dem Verbande anschließen. Nur die Einigkeit der Arbeiter sichert den Arbeitern ihre Rechte und ein menschenwürdiges Dasein. Verdammt die Arbeiterschaft den Anschlag an die Organisation, so macht sie sich mitschuldig an den dort herrschenden Zuständen. Es ist schon in der Holzindustrie, welche gegen den Vormonat in ihrem Beschäftigungsgrade noch weiter zurückgegangen ist. Die Beschäftigung in den Papierfabriken wird als allgemein zufriedenstellend bezeichnet, wenn sie auch noch schlechter als im Vormonat und im Vorjahre ist. Insbesondere haben die Druck- und Schreibpapierfabriken unter dem

wirtschaftlichen Druck noch sehr zu leiden. Die Chromopapierindustrie leidet noch weiter an dem wirtschaftlichen Niedergange.

Der Absatz von Buntpapier hat sich etwas gehoben, und konnte ein besseres Resultat wie im Monat Oktober erzielt werden. Erstlicherrweise hat sich das Ausfuhrgeschäft nach Amerika infolge der Zollermäßigung etwas gehoben. Die Geschäftsaussichten für den Balkanstaaten waren minimaler Natur. Als besonders schlecht muß aber die Ausfuhr von Buntpapier nach Japan und China bezeichnet werden. Die Buntpapierfabrikanten riefen ein außergewöhnlich großes Angebot von Arbeitskräften, welches auf größere Arbeiterentlassungen schließen läßt und deshalb auch von manchen Firmen als lohnrückdrückender Faktor benutzt werden wird.

Wenn auch die Beschäftigung in der Papeterindustrie infolge der stundenbautätigkeit keine glänzende ist, so wird sie doch im allgemeinen als normal bezeichnet.

Verschiedene Industrien

Vom Elend der Spielwarenarbeiter.

In der Weihnachtsnummer des „Vornwärts“ finden wir einen Artikel über die Puppenindustrie, der für einen größeren Teil unserer Mitglieder von Interesse sein dürfte. Wir geben deshalb das Wesentliche daraus hier wieder.

In dem schon gelegenen Städtchen Koffen besteht eine große Puppenfabrik. Der größte Teil der Bevölkerung findet dort Beschäftigung zu den traurigsten Lohnverhältnissen. Eine Frau, welche die Puppenbäume mit Holzwole stopft, verdient bei einer Arbeitszeit von ungefähr 70 Stunden in der Woche im Höchstfall vier Mark. Dabei müssen die kleineren drei kaum schulpflichtigen Kinder fleißig mithelfen; die größeren auch noch schulpflichtigen waren schon bei Bauern im Dienst untergebracht. Der Mann, der in der Fabrik arbeitet, erhält 12 Mark Wochenlohn, so daß die aus sieben Köpfen bestehende Familie auf den Hungerlohn der Frau und Kinder angewiesen ist. Der Mann, der die Arbeit verrichtet wird, ist als menschliche Wohnung kaum noch anzupreisen. Durch die Bearbeitung der Holzwole wird alles mit einer dicken Staubschicht überzogen. Die Frauen erklären immer wieder, zum Reinmachen bleiben ihnen nur die Nachstunden. Außerdem hätte es keinen Zweck, weil der Staub sofort wieder alle Möbel beschmutzen würde. Man denke sich das Leben der Kinder in solchen Räumen bei angelegter Arbeit! Bei einer Arbeiterin, die ich aufsuchte, wurden die einzelnen Teile der Zellulosepuppen von den übersehenden Mähdern bereit, die beim Formen entstehen. Die Mähdern werden mit einem Messer abgehakt, wobei sich ebenfalls ein ungesunder Staub entwickelt. Daher hatten Frau und Kinder stark entzündete Augen. Auch diese Frau kommt trotz der Hilfe von zwei Kindern bei einer Arbeitszeit von 10 bis 12 Stunden pro Tag nur auf 6 bis 7 Mark Wochenlohn. Dabei hilft der Mann noch in seinen freien Stunden mit; auch Sonntags wird meist gearbeitet. Auch hier sind die Wände und Möbel durch den Staub verschmutzt. Die kleinsten Kinder müssen in dieser staubgeschwängerten Luft herumwachen. Sie entbehren jeder Sorge und Pflege; niemand, nicht einmal die älteren Geschwister haben Zeit, sie an die frische Luft zu führen.

Bei denen, die die Puppen betreiben, bestehen die gleichen trostlosen Verhältnisse: eine Ehegar von 7 bis 8 und noch mehr Kindern, die Mutter abgeseht, von Berufsarbeit, Hausarbeit und Kinderpflege, zwischen ihnen; immer wieder blasse, leidende Frauengesichter, in deren Gesichtern sich nur Leid und Sorge spiegeln. Eine geübte Häklerin kann pro Stunde 6 Pf. verdienen. Für ein Duzend Puppenleichen mit Hut auf Draht gestaltet, gibt es 1,80 Mk. Bei 12stündiger Arbeitszeit werden vier Kostüme fertig, der Wochenlohn stellt sich also auf 4 bis 4,50 Mk. Für das Nähen von Puppenkleidung, wozu auch das Anziehen der Puppen gehört, wird pro Stück 2-3/4 Pf. gezahlt. Man denke, daß hierfür ein Fädchen, Knöpfchen, Höschen und Wäschen angefertigt werden müssen; das Anziehen der Puppen ist meist Kinderarbeit, ebenso das Festnähen der Kleidung. Eine Arbeiterin, die sich von zwei Kindern täglich vier Stunden helfen ließ und selbst mindestens zehn Stunden, auch meist Sonntags arbeitete, brachte es nur auf 6-7 Mark Wochenlohn. Diese Arbeiterin, eine organisierte Genossin, erklärte, daß sie es mit ihrer Anschauung nicht vereinbaren könne, ihre Kinder arbeiten zu lassen. Da ihr aber mit Arbeitsentziehung gedroht wäre, wenn sie nicht eine bestimmte Menge liefern würde, mußte sie mit schwerem Herzen, wenn auch nur auf einige Zeit, die zarten Kräfte ihrer Kinder in Anspruch nehmen. Sie tue es nur, um das lärgliche Brot nicht zu verlieren, auf das sieben Kinder und der lungenranke Ehemann warten. Wie man sieht, haben die Unternehmer leicht, die Kinderarbeit auszunutzen, ohne daß sie eine Verantwortung zu tragen hätten. Unser Kinderbeschützer, so unzureichend es an und für sich ist, wird immer wieder verlagert, solange die Heimarbeit nicht befristet ist und solange durch die un...te Besteuerung des Volkes die Existenzmöglichkeit sich gerade bei den kinderreichen Familien immer schwieriger gestaltet.

In Thüringen, wo neben der Glasbläse viel Spielzeug, darunter auch Puppen, angefertigt werden, herrschen ähnliche Zustände, teilweise sogar noch schlimmere. In dem Wäldchen, wo sich herrliche Kurorte wie Jena, Friedrichroda und der feudale Höhenluftort Oberhof mit ihren wunderbaren Bergen und Wäldern ausbreiten, ist überall bei den Arbeitern das größte Elend zu Hause. In Waltershausen befinden sich mehrere Puppenfabriken, welche die umliegenden Ortschaften mit Arbeit versehen. In Frierberg werden die Puppenkörper aus Pappmaché in der Heimarbeit angefertigt. Für ein Duzend solcher 40 Zentimeter langen Puppen wird 4,75 Mk. gezahlt, davon gehen 35 Pf. Auslagen ab. In einer Familie, die ich aufsuchte, arbeiteten Mann, Frau und ein erwachsener Sohn. Wenn sie ein Duzend solcher Puppen fertigstellen wollen, müssen sie alle drei ungefähr vierzehn Stunden hindurch arbeiten, was dort der Arbeitstag eines Tages entspricht. Zu solchem Puppenkörper mit Kugelgelenken gehören über dreißig Teile, die geformt, getrocknet und zusammengefügt werden müssen. Hier wird also ein Stundenlohn von 10 Pfennig erreicht. Dieser horrende Lohn wird nur für bessere Arbeit an Leute bezahlt, die Sommer und Winter für die Firma tätig sind. Die Arbeiter, die nur im Winter gebraucht werden, müssen die minderwertige Ware herstellen. So erreichen in einer Familie Mann, Frau und ein zehnjähriger Knabe bei 14stündiger Arbeitszeit nur einen Wochenlohn von 9 Mark. Da die Wohnungen von der Fabrik oft weit entfernt sind, müssen die Arbeiter zur Lieferung der Ware oft stundenlange Touren mit ihren schwereren Lasten auf den beschwerlichen Wegen über die Berge zurücklegen. Erst nach diesen Anstrengungen haben sie ihren schweren Lohn richtig verdient.

Diese, auf eigene Beobachtungen gestützte Schilderung malt durchaus nicht schwarz. Es ist leider eine Tatsache, daß das Spielzeug der Kinder zum weitaus größten Teil unter fast menschenwürdigen Bedingungen hergestellt wird. Wenn es so etwas wie ein Kulturgenießen gäbe, müßte es sich aufbäumen gegen diese Zustände. Weil es das aber nicht gibt, wird den armen Spielwarenarbeitern nur geholfen werden können, wenn sie sich selber helfen. Das heißt, wenn sie sich zusammenschließen in ihrer gewerkschaftlichen Organisation. Erstlichere Anfänge dazu sind schon da. In einigen Hauptorten der Spielwarenindustrie, so in Sonneberg und Waltershausen, hat unser Verband eine nicht unbeträchtliche Mitgliederzahl und auch schon ganz nennenswerte Erfolge erzielt. Allerdings bleibt noch viel, sehr viel zu tun übrig. Aber es schlummern auch noch viele Kräfte in der Arbeiterschaft, die geweckt und für den Kampf um bessere Zustände gewonnen werden müssen.

Eine Reichskonferenz der Hartgummidrehler.

Am 28. und 29. Dezember tagte in Berlin eine vom Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes einberufene Konferenz der in diesem Verbandsorganisierten Hartgummidrehler. Der Konferenz beschloß, den Verbandsvorstand zu beauftragen, ähnlich wie mit dem Metallarbeiterverband einen Kartellvertrag abzuschließen. Außerdem wurde nachstehende Resolution angenommen:

„Die Konferenz erklärt, daß die in der ähnlichen Branche beschäftigten Drehler die engsten Beziehungen mit den übrigen Hart-

Chemische Industrie

Die Bleifarbenfabrikanten gegen das Bleiweißverbot.

Im Juli des Vorjahres erließ die Zentralverwaltung der preussischen Eisenbahnen an die einzelnen Direktionen ein Rundschreiben, in dem es hieß: „Zum Anstrich der für die preussisch-hessischen Staatseisenbahnen und Reichseisenbahnen zu liefernden Fahrzeuge sowie der Postwagen sind fortan allgemein nur noch bleifreie Farben zu verwenden mit der Bedingung, daß Güte und Haltbarkeit durch das Fehlen des Bleizusatzes nicht verringert werden darf.“

Gleichzeitig werden bei den neu ausgeschriebenen Submissionen für Farben an Stelle der Bleifarben bleifreie Farben von der gleichen Qualität verlangt. Gegen diese Anordnungen, die zum Schutze der mit dem Anstrichen beschäftigten Arbeiter erlassen waren, haben die Bleifarbenfabrikanten einen Protest eingereicht. Sie berufen sich einmal darauf, daß es für Bleiweiß einen vollwertigen Ersatz nicht gibt, zum andern darauf, daß die Bleifarbenindustrie durch das Verbot leidet. Als Kronzeugen für ihre Beweisführung führen sie den Präsidenten des Reichsgesundheitsamts, Geheimrat Dr. Bumm, an. Der hat nämlich im Jahre 1910, als unser Kollege Brey die Gefahren der Arbeit in der chemischen Industrie, besonders auch in den Bleifarbenfabriken, schilderte, erklärt:

1. Es existiert bisher kein Ersatz für Bleiweiß, besonders dort, wo Dämpfe von schwefeliger Säure im Steinlophenrauch von Lokomotiven, Dampf- und Fabrikhochnsteinen vorkommen, ist Zinkweiß viel weniger beständig als Bleiweiß. Ferner ist Bleiweiß viel haltbarer gegen Feuchtigkeit im Freien, bei Holztafeln, Eisenteilen usw.“

2. wäre es ein großer Schlag für unsere Blei- und Bleifarbenindustrie, „Deutschland kann unmöglich von heute auf morgen ein Bleiweißverbot erlassen, weil damit eine wirtschaftliche Schädigung der damit beschäftigten Arbeiter und ein Verlust an nationalem Kapital von größter Tragweite verbunden wäre.“

Wir haben damals sofort erklärt, daß Dr. Bumm mit seinen Ausführungen der Fortbildung des Arbeiterschutzes in der Bleifarbenindustrie einen sehr schlechten Dienst erwiesen, den arbeiterschützenden Unternehmen aber willkommenes Material geliefert habe. Jetzt zeigt sich, daß wir recht hatten. Dabei ist die Beweisführung des Geheimrats Bumm durchaus nicht schlüssig. Die Frage, ob es einen vollwertigen Ersatz für Bleiweiß gibt, ist mindestens noch strittig, und der Hinweis auf die Schäden für die Industrie und die Arbeiterschaft ist mindestens, soweit er die Arbeiter betrifft, absolut hinfällig. Denn es ist doch ganz selbstverständlich, daß für das ausfallende Bleiweiß Ersatzfarben beschafft werden müssen, und die fallen nicht fertig vom Monde, sondern sie müssen genau so von Arbeiterhänden hergestellt werden wie die bleihaltigen Farben. Bekanntlich stellen schon jetzt Bleifarbenfabriken zugleich Ersatzfarben her; andre würden folgen, und die Arbeiterschaft würde genau soviel, aber wesentlich unschädlichere Arbeit haben als heute. Die Bleifarbenfabrikanten wissen das auch sehr gut, denn am Schlusse ihres Protestes weisen sie selbst darauf, daß die Verwendung von Ersatzfarben teuer würde, weil mehr Arbeitszeit und folglich auch mehr Lohn dafür aufgewendet werden müsse.

Die Bleifarbenfabrikanten mögen also protestieren soviel und solange sie wollen und können. Aber sie sollten es doch vermeiden, sich dabei in die Loge des Arbeiterfreundes zu hüllen und Rücksichten vorzuschützen, die sie selbst sonst nie kennen noch beachten.

Zwiebelschalen bei Scheidemandel.

In der vorigen Nummer des „Proletariats“ teilten wir mit, daß die Scheidemandelgesellschaft einen Rückgang ihrer Dividenden ankündigt. Wie inzwischen bekannt wird, handelt es sich nicht nur um einen Rückgang, sondern um den völligen Ausfall der Dividenden. Ja, noch mehr, den Aktionären soll überdies eine Einzahlung vom

Kapital vorgeschlagen werden. Die Ueberraschung der Aktionäre kann man sich denken, wenn man berücksichtigt, daß die Gesellschaft seit 15 Jahren immer hohe Dividenden — in den letzten drei Jahren je 15 Prozent — bezahlte und allgemein gut fundiert galt. Um so panikartiger war jetzt der Sturz. Die Aktien der Gesellschaft sanken von fast 300 am Anfang auf circa 90 am Ende des Jahres 1913. Ein so gewaltiger Kurssturz ist jahrelang in der chemischen Industrie nicht mehr vorgekommen.

Die Ursachen dieses kurzartigen Rückganges liegen in einer übertriebenen Ankaufs- und Gründertätigkeit. Die Gesellschaft versuchte, den Knochen- und Leimmarkt vollständig unter ihre Herrschaft zu bringen, um dann die Preise diktieren zu können. Zu diesem Zweck kaufte sie die Konkurrenzfabriken einfach auf, soweit sie sie nicht kaputt konkurrieren konnte. In ganz kurzer Zeit hatte sie gegen zwanzig Leimfabriken veräußert. Um sicher zu gehen, wurden auch die Händler unter die Fuchtel genommen. Mit 34 Knochenhandelsfirmen gründete die Scheidemandel-A.G. die „Kohag“, Rohprodukten-Handels-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Die Knochenhändler verpflichteten sich, ihr gelamtes Einlaufmaterial an die Kohag abzuliefern, die Scheidemandelgesellschaft übernahm die Verpflichtung, die Knochen zu dem von der Kohag bezahlten Preise zu kaufen. Für den gesamten Geschäftsvorkehr wurden drei Umverwalter bestellt. Ervordene Sammelknochen, frische Stadtknochen und Pferde- und Abbederknochen kamen so schon sortiert in die Zentraleinlaufsstelle.

Welchen Umfang schließlich die Monopolseuche annahm und zu wie ungewöhnlichen kapitalistischen Verhältnissen und Verschärfungen sie führte, zeigt die folgende Zusammenstellung der Scheidemandel'schen Unter- und Tochtergesellschaften.

Scheidemandel gründete:

die Zentralgesellschaft für chemische Industrie m. b. H., Berlin.

Diese hat ihrerseits ins Leben gerufen die Akt.-Ges. für chemische Industrie Orttrand i. Sa., die Société anonyme centrale de produits chimiques, Brüssel. Die letztere wieder gründete die Produits chimiques de Hasselt, Brüssel, die Société anonyme de Gélatines, Brüssel, eine Knocheneinlaufs-firma unter der Bezeichnung Comptoir d'os Brüssel.

Die Zentralgesellschaft für chem. Industrie m. b. H. erworb ferner die Leimfabrik der Firma May in Eßdorf in Hannover, die Anteile der chemischen Fabrik Guttrich in Leipzig und in Gemeinschaft mit dem Verleger chemischer Fabriken, A.-G., Reiz, die Chem. Fabrik, A.-G., vorm. D. Heymann, Breslau.

Die Zentralgesellschaft beteiligte sich schließlich an der Knochenmehl- und Leimfabrik Trebichau bei Aken, der Eduard Geißlich Söhne, A.-G., für chemische Industrie in Schlieren (Schweiz), der Société anonyme dei prodotti chimici Genoa-Turin, den Extraktionswerken Aggerhütte, der Firma Teuner u. Co., Strehla i. Sa.

Ferner gründete die Scheidemandelgesellschaft:

die Ceres, A.-G. für chemische Produkte, vorm. Th. Pyrolosch in Kattow, die Breitenleer Knochenverwertungsgesellschaft m. b. H., Wien, die G. Neutrang A.-G. in Salzweil, die Société française d'industrie chimique, Paris, die Akt.-Ges. Aranjuez (Spanien), die Müllverwertung, Akt.-Ges., in Berlin, die Anton-Weber-A.-G., Leipzig, die Concenos, Gesellschaft für den Handel mit Rohmaterialien der Leimindustrie, G. m. b. H., Berlin. — Die letztere ihrerseits gründete die Animal-Produkten-Kompanie, G. m. b. H., Frankfurt a. M., sowie die Rohproduktenhandels-gesellschaft, G. m. b. H. (Kohag), Berlin.

Scheidemandel erworb

die Majorität der Anteile der genossenschaftlichen Knochenverwertung in München, sämtliche Anteile der A. Paßl, G. m. b. H., Magdeburg, und die Leimfabrik Otto in Meß.

Scheidemandel beteiligte sich an

Fattinger u. Co., Akt.-Ges., Wien, Wilschburger Chemische Fabrik, A.-G., Hamburg, Maison Fondain, Ancienne Maison Germain u. Co., Petit-Jury, Akt.-Ges. für Knochenmehl und andere Produkte aus Knochen, gen. Osej, in St. Petersburg, Fleischerei-Rohproduktions-verwertungsgesellschaft, Gen. Osej, Budapest. Diese gründete die Rohhäute-Import-Export-Akt.-Ges. (gen. Imper), Wien-Budapest.

Scheidemandel pachete

die Leimfabrik der chemischen Fabrik Schierstein, Otto u. Co., und errichtete Knochenextraktionen bzw. Knocheneinlaufsstellen in Argentinien.

Scheidemandel besitzt ferner

sämtliche Aktien der Akt.-Ges. für chemische Industrie (gen. Ossa) in Wien. Diese gründete die Rohprodukten-Handels-gesellschaft, G. m. b. H., Wien (Kohag), (nicht zu verwechseln mit Kohag, Berlin) und beteiligte sich an der Ersten galizischen chemischen Industrie, Akt.-Ges., in Lemberg, an der Wiener Großschlächtere, Akt.-Ges., in Wien, an den Produkten Chimiques de Hasselt Société anonyme, Brüssel, an der Zentralgesellschaft für chemische Industrien m. b. H., Berlin, an den Anilinfabrikanten, G. m. b. H., Berlin, an der Industria Collo Societa Italiana, Rom, an der „Collo“ und „Compra“, G. m. b. H., Berlin, und steht in enger Interessengemeinschaft mit der Ersten Pestier Spandium- und Leimfabrik, A.-G.

Die fortwährenden Gründungen, Abfindungen und Ankäufe erforderten selbstverständlich viel Geld. Das Aktienkapital wurde von 1 250 000 M. im Jahre 1896 auf 14 000 000 M. im Jahre 1913 erhöht. Daneben sammelte die Gesellschaft ca. 7 Millionen als Reservefonds an; allerdings weniger aus Betriebsergebnissen, vielmehr zur Hauptsache aus dem bei Ausgabe neuer Aktien erzielten Uebergewinn.

Diese Kapitalsteigerung reichte jedoch nicht aus zur Dedung der erforderlichen Ausgaben. Es wurden noch viele Millionen Schulden gemacht, die jetzt drücken. Um nun Bargeld zu bekommen, sollen die Aktionäre zuzahlen statt Dividende zu erhalten. Außerdem hat die Gesellschaft ihren 500 000 M. betragenden Besitz an Aktien der G. Neutrang-Gesellschaft in Salzweil und außerdem ihr Superphosphatwerk in Heiligensee an die seitherige Pächterin, die „Union“, Fabrik chemischer Produkte in Sletzin, verkauft. Weitere Verkäufe werden voraussichtlich folgen. Die Leitung der Gesellschaft teilt allerdings mit, daß sie ihre seitherige Politik nicht aufgeben, sondern nur im Tempo verlangsamen will, aber das ist mehr ein Beruhigungspulver als eine Festlegung. Unter welchen Gesichtspunkten die Arbeiter in den Betrieben der Gesellschaft diese Vorgänge werten müssen, haben wir am Schlusse unserer kurzen Mitteilung in der vorigen Nummer des „Proletariats“ gesagt.

Verzinsung des chemischen Kapitals.

Während die Scheidemandel-Gesellschaft sich gezwungen sieht, einen Teil ihrer zusammengekauften Unternehmungen wieder abzustoßen, geht an anderen Stellen die Zusammenballung weiter. So hat jetzt der sogenannte Anilinfabrikanten — Badische Anilin- und Sodafabrik, Oberfelder Farbwerke und A.-G. für Anilinfabrikation, Berlin-Treptow — die Mehrheit der Aktien des Vereins chemischer Fabriken in Reiz auf gekauft. Dieser Verein stellt selbst schon eine recht verzinsliche Gesellschaft dar. Er hat, bei 5 Millionen Mark Aktienkapital, u. a. Werke in Aue b. Reiz, Köthen, Rehmshorf, Petzthof und Dobendorf. Die Zahl der darin beschäftigten Arbeiter beträgt zurzeit circa 700. Außerdem ist der Verein chemischer Fabriken beteiligt an den Schyppanwerken in Freiburg, an der Breslauer chemischen Fabrik, vormals D. Heymann, an den Delta-Nitrogenwerken in Worms, an der Norddeutschen chemischen Fabrik in Harburg usw. Hergestellt werden meist Säuren und Kunststoffe. Er ist also kein Zwergebetrieb, sondern ein schon recht leistungsfähiges Großunternehmen, das da von dem Riesenzern in die Fänge genommen wird.

Für die Arbeiter wird durch den Schacher zunächst wenig geändert. Wenigstens im Regiment nicht. Der Verein chemischer Fabriken wurde geleitet von den Gebrüder Stöbe, die beide der Organisation nicht freundlich gesinnt waren, und der Anilinfabrikanten steht uns mit denselben Gefühlen gegenüber. Ueberdies werden die regierenden Herren an ihrem Posten bleiben. Herr Willi Stöbe, Generaldirektor des Vereins chemischer Fabriken, Mitglied des Reichstags und Aufsichtsrat in 12 Aktiengesellschaften, wird auch bei dieser Aktion auf seine Rechnung kommen.

Ein neues Waschmittel für Bleifarbenarbeiter.

Vor einigen Jahren wurde in allen Betrieben, in denen die Arbeiter mit Blei oder bleihaltigen Stoffen, namentlich Farben, hantierten, die sogenannte Uremiauseife angeboten. Diese Seife sollte ein indirektes Schutzmittel gegen Bleibergiftung darstellen. Das etwa an den Händen haftende Blei wurde beim Waschen mit dieser Seife in ungiftiges Bleisulfid umgewandelt und weiterhin wurden die Stellen der Haut, an denen noch Blei haften, schwarz gefärbt. In der ersten Zeit fand diese Seife viel Anwendung, heute wird sie nur noch vereinzelt gebraucht. Einmal riecht sie sehr schlecht, zum andern sind die geschwärzten Stellen der Haut schlecht zu reinigen und zum dritten verliert sie ihre Eigenschaft, Blei in Bleisulfid umzuwandeln, wenn sie einige Zeit gelagert hat. Neuerdings werden von der „Hygienischen Gesellschaft“ in Dresden Waschmittel auf den Markt gebracht, die denselben Zweck wie die Uremiauseife, aber unter besseren Bedingungen, erfüllen sollen. Das Blei wird jedoch nicht in schwarzes Bleisulfid, sondern in rotes Bleipolysulfid überführt. Dieses haften nicht so sehr an der Haut, läßt sich vielmehr ohne große Mühe mit Seife oder Bimsstein beseitigen. Hoffentlich bewährt dieses Waschmittel sich besser als die Uremiauseife. Wir würden uns freuen, wenn unsere in Bleiweiß- und Bleifarbenfabriken beschäftigten Mitglieder uns über etwaige Erfahrungen mit diesem Waschmittel berichten würden.

Ungeheuerlichkeiten in einer Sprenglappelfabrik.

Wenn wir Mißstände in Betrieben öffentlich kritisieren, dann wird den Unternehmern nachgesagt, daß sie weder auf die Gesetze noch auf die Arbeiter die gebührende Rücksicht nehmen, wenn das Profitinteresse in Frage kommt, so wird uns das sehr oft als unbegründete Beherei ange-rechnet. Wenn wir gar den Unternehmern der chemischen Industrie vorwerfen, daß sie die Gefahren der Arbeit nicht in dem Umfange mildern, in dem ihnen das möglich wäre, dann melden sich nicht nur die Unternehmer, sondern auch allehand Wissenschaftler und Regierungskleute, um die Ehre der angegriffenen Kapitalisten zu schützen. Diesen Ehrenrettern empfehlen wir den folgenden Fall aus allerletzter Zeit zur Beachtung. Vor einigen Tagen wurden

Gifte und ihre Wirkungen.

II.

In die Gruppe der Kessgifte gehört auch die Karbolsäure (Phenol) und die verwandten Stoffe wie Lykol, Krezol. Diese Stoffe gehören den aromatischen Kohlenwasserstoffen an und haben in chemischer Hinsicht mit den vorher genannten Kessgiften wenig zu tun; sie werden bei der Destillation des Steinlophenrauchs gewonnen. Sie haben ebenfalls eine sehr starke Lebewirkung und stehen darin den Mineralsäuren nur wenig nach. Da sie in der Medizin zu desinfizierenden Zwecken viel benutzt werden, gelangen sie auch leicht in die Hände Unberuener und haben zu Selbstmorden oft Veranlassung gegeben; das Lykol, eine Mischung aus Karbolsäure und Krezol, ist lange das Modegift unserer Zeit gewesen und hat diese traurige Verühmtheit auch heute noch nicht ganz eingebüßt. Jümmerein sind die Lykolmorde jetzt seltener geworden, weil das Mittel dem Handverkauf entzogen und nur noch auf ärztliches Rezept erhältlich ist. Kompliziert werden die Wirkungen dieser Kessgifte dadurch, daß sie sehr leicht von der Schleimhaut resorbiert werden und nun auch eine Allgemeinwirkung ausüben, die namentlich das Nervensystem betrifft. Benommenheit, Delirien, Schweißausbruch, Atemnot infolge Lähmung des Atemzentrums sind die Symptome dieser Vergiftung, die nicht selten tödlich endet. Der Urin nimmt schon nach kleinen Mengen dieser Stoffe eine schwarzwürstliche Farbe an, so daß an diesem Symptom die Ursache der Vergiftung oft zu erkennen ist; die Nieren werden verhältnismäßig wenig geschädigt. Magenausspülungen, Brechmittel, Kalklauge sind die am erfolgreichsten wirkenden Gegenmaßnahmen bei Vergiftungen mit Karbolsäure, Lykol, Krezol.

Ein andres Kessgift, zugleich eins der wichtigsten Mittel der modernen Medizin, ist das Sublimat, das Quecksilberjodid der Salzsäure. Zu den heftigen Kessgiften, die denen der konzentrierten Mineralsäuren nicht nachstehen, kommt noch die spezifische Quecksilbervergiftung hinzu. Wenige Fehnel eines Gramms wirken schon tödlich; die Magmalbölse, die der Arzt innerlich anwenden darf, beträgt 0,02 Gramm für eine einmalige Verabreichung und 0,06 Gramm zum Gebrauch für den ganzen Tag. Das Sublimat schädigt nicht nur das Gewebe der höheren Lebewesen, sondern ist auch ein sehr starkes Bakteriengift; darum wird es heute in der Heilkunde in größtem Maße angewendet. In einer Verdünnung von 1 : 1000 bis 1 : 2000 tötet es die meisten Mikroorganismen und wirkt noch in einer Verdünnung von 1 : 20 000 auf das Wachstum vieler Bakterien hemmend. Natürlich kann ein solches Mittel auch für den Menschen nicht harmlos sein, wenn es in irgendwie größeren Quantitäten in den Organismus kommt. Da das Sublimat als Antiseptikum eine so ungemein wichtige Rolle spielt, kommt es oft auch in die Hände des Publikums, trotzdem es ohne Rezept nicht erhältlich ist, und bietet zu Selbstmordversuchen nicht selten Gelegenheit. Wenn nicht sehr grobe Dosen in den Magen gebracht sind, werden die Folgen der akuten Magenvergiftung meist überstanden; in der Regel kommt es danach aber

zur Resorption des Giftes und zu einer Allgemeinwirkung, deren Folgen der Körper oft erliegt. Das in den Blutkreislauf gelangte Quecksilber wird in den Dickdarm und in die Nieren ausgeschieden; es treten sehr heftige Leibschmerzen und blutige Stühle auf, die in großen Mengen lösliche Schleimhautstoffe enthalten. Die Nierenfunktion wird durch das Quecksilber schwer geschädigt, so daß die Urinausscheidung vollkommen gehindert sein kann und der Körper an den Folgen der Harnverhaltung oder der allgemeinen Erschöpfung zugrunde geht.

Zu trennen von der akuten Sublimat- bzw. Quecksilbervergiftung, die fast nur in der Selbstmordtendenz vorliegt, ist die mehr chronisch verlaufende Allgemeinvergiftung durch übermäßige Anwendung von Quecksilber zu therapeutischen Zwecken oder durch die langanhaltende Aufnahme geringer Mengen im Berufsleben der Quecksilberarbeiter. Die medikamentöse Vergiftung gehört heute, wo die eminenten Giftigkeit des Quecksilbers gut bekannt ist und nur sehr kleine Dosen verwendet werden, zu den Seltenheiten; es kommt höchstens zu leichten Nebenwirkungen, zu Anschwellungen des Zahnfleisches und der Mundschleimhaut und zur Vernehrung der Speicheldrüsen. Die berufliche Quecksilbervergiftung hingegen ist eine Gemeinheitskrankheit, die noch immer beobachtet wird und mit ziemlich ernsthaften Symptomen einhergeht. Diese chronische Quecksilbervergiftung betrifft namentlich das Zentralnervensystem; Aufregbarkeit, Schlaflosigkeit, Zittern und Krämpfe, Schwindelanfälle sind charakteristische Symptome der Vergiftung, die nur durch Beseitigung der Ursache, des Quecksilbers, aus dem Berufsleben erfolgreich beseitigt werden kann. Freilich läßt sich das aus technischen Gründen nicht immer leicht durchführen. Die akute Sublimatvergiftung wird ganz ähnlich wie die Säurevergiftungen behandelt; außer leichten Fällen wird auch Gerdäure verabreicht, die sich mit dem Quecksilber zu einer wenig löslichen und darum wenig resorbierbaren Verbindung sehr rasch vereinigt.

Wir wollen uns gleich einem andern Schwermetall zuwenden, dem Blei, das als Gernergift von großer Bedeutung ist. Die meisten gewerblichen Vergiftungen fallen dem Blei zur Last, das in der Industrie und Technik eine ausgedehnte Verwendung findet. Maler, Schriftgießer, Zöpfer, Kabelaarbeiter und noch viele andre haben beruflich mit Blei zu tun und sind der Wirkung des tödlichen Metalls ausgesetzt. Die akute Bleivergiftung ist äußerst selten, da das Schwermetall nur sehr langsam von den Gefäßen des Darmkanals aufgenommen, also nur sehr verzögert durch den Körper geht. Dagegen ist die chronische Bleivergiftung, durch dauernde Aufnahme geringfügiger Mengen entstanden, im Gewerbeleben um so häufiger. Der feindliche Bleistaub, der eingeatmet wird und in die Lungen gelangt, die verschwindenden Mengen, die an den Fingern haften bleiben und nach ungenügender Reinigung der Hände und Vernachlässigung der hygienischen Sauberkeitsregeln in den Mund und in den Verdauungskanal kommen, werden allmählich resorbiert und führen im Laufe von Jahren zum Blute der chronischen Bleivergiftung. Diese Berufskrankheit bildet ein großes Kapitel der Gewerbehygiene für sich und kann in diesem Zusammenhang nur angedeutet werden.

Ein Frühsymptom der Bleivergiftung ist der Bleisaum, eine blaugraue Verfärbung des Zahnfleisches und der Mundschleimhaut. Er entsteht infolge der Ausscheidung des Metalls durch die Speicheldrüsen des Mundes. Aus den einweißhaltigen Speiseresten, die zwischen den Zähnen stecken bleiben, wird Schwefel frei, der sich mit dem Blei zu dem durch seine schwarze Farbe ausgezeichneten Bleisulfid verbindet. Auf diese Weise kommt der ominöse Bleisaum zustande, der allen, die mit Blei im Berufsleben zu tun haben, ein Warnungssignal gibt. Der Bleisaum tritt nicht immer hervor, ist aber doch meist ein Frühsymptom der Erkrankung und zeigt an, daß dem betreffenden Menschen die erforderliche Widerstandsfähigkeit dem Metall gegenüber fehlt. Die hauptsächlichsten Bleivergiftungssymptome, die später auftreten, sind die heftigen, meist mit Verstopfung einhergehenden Bleikolik, nervöse Störungen und Lähmungen, die sich oft über Arme und Schultern erstrecken, seltener auch die unteren Gliedmaßen ergreifen, ferner die sehr schwerhaften Selbsterkrankungen. Auch die Drüsen, die das Blei auf dem Wege durch den Körper passiert, die Nieren und die andre Entgiftungsorgane des Körpers, die Leber, können durch das ausgeschiedene Metall funktionsuntüchtig gemacht werden.

Zwei äußerst giftige Mineralien sind das Arsen und der Phosphor. Sie sind so giftig, daß sie aus dem Gewerbeleben fast vollkommen entfernt sind. Früher wurde der Phosphor zur Zündholz-fabrikation vielfach verwendet, ist aber heute in fast allen Ländern durch weniger giftige Stoffe ersetzt worden. Schon ein Dezigramm dieser Stoffe, die chemisch nahe miteinander verwandt sind, wirkt auf den menschlichen Organismus tödlich, und Zentigramme vermögen noch ernsthafte Vergiftungsercheinungen zu zeitigen.

Das Arsen hat in der Gestalt der arsenigen Säure, des berühmten Arseniks, in der Kriminalistik der Vergiftungen eine große Rolle gespielt. Heute sind Giftmorde mit Arsenik verhältnismäßig selten geworden, weil sich das Element ungemein leicht nachweisen läßt und daher oft auf die Spur des Verbrechens geführt hat. Außerordentlich wichtig ist das Arsen als Heilmittel in der Hand des Arztes, der die stark wirkende Substanz richtig zu dosieren versteht. Die epichalen Arbeiten Ehrlich's, die zur Entdeckung des Salvarsans, eines kompliziert zusammengesetzten Arsenpräparats, geführt haben, zeigen die große Bedeutung des Arsens von neuem. Die akute Vergiftung macht sich außer in nervösen, Symptomen, wie Zittern, Krämpfen, Delirien, hauptsächlich in einem sehr heftigen Magenlatareth bemerkbar, der schon kurze Zeit nach der Aufnahme des Giftes beginnt, mit heftigen Leibschmerzen, Erbrechen und bald darauf mit unaufhörlichen Durchfällen einhergeht und in seinen Erscheinungen mit der ersten asiatischen Cholera große Ähnlichkeit hat. Bei der chronischen Arsenvergiftung, einer im ganzen seltenen Gewerbekrankheit, kommt es ebenfalls in mäßigem Grade zu Darmstörungen und später namentlich zu Schädigungen des Zentralnervensystems.

vor dem Schöffengericht Opladen der Betriebsleiter Oplinger und der frühere Direktor Hartmann von der Kuppersteiger Sprengkapselabrik wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu je 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Haft verurteilt. Der Mitangeklagte Eschmann, der als kaufmännischer Leiter seinen Sitz in Köln hat, wurde freigesprochen, weil er nicht auf den Betrieb vereidigt ist. Den Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß in den einzelnen Räumen mehr Sprengstoff vorhanden war, als nach dem Sprengstoffgesetz zulässig sei. So sollten in der Labstube nur zwei Kilogramm Sprengstoff sein; es waren aber je 6 bis 7 Kilogramm dort. In der Packstube war manchmal das 30- und 40fache Quantum. Das ging so lange, bis der Gewerbeinspektor durch die Arbeiterpresse auf die Zustände hingewiesen wurde. Der bekundete vor Gericht als Sachverständiger, daß die Zustände durchaus so gewesen wären, wie in der Anzeige geschildert. Als aber die Kritik erwichen, drohte der Unternehmer mit einer Klage. In diesem Falle war aber die öffentliche Kritik direkt ein erhebliches Verdienst um die Gesundheit und das Leben der Arbeiter, die durch das geschwundene Vorgehen im Betriebe gefährdet waren. So wie hier liegt es aber sehr oft. Wer also für wirksamen Arbeiterschutz eintritt, sollte die Arbeiterpresse nicht schmähen, sondern sie loben für ihre freimütige Kritik.

X. Rube. Arbeitgeber-Humanität. Ein nicht sehr unbekannter Betrieb in der Umgegend hier ist die Chemische Fabrik Ahrensböck (Inhaber Dr. Christ). Wenn auch schon die Zustände, die dort herrschen, verschiedene Male in der Presse kritisiert worden sind, so ist es doch notwendig, abermals die Öffentlichkeit zu unterrichten. Vor einiger Zeit wurde dort neben der chemischen Fabrik eine Leinwandfabrik errichtet, worin nach ihrer Fertigstellung selbstverständlich auch Arbeitskräfte gebraucht wurden. Wer nun angenommen hatte, daß dieser Betrieb eine Brotstiege für die Ahrensböcker Arbeitergasse würde, hatte sich geirrt. Es wurden Arbeiter und Arbeiterinnen aus Polen importiert, die ihre Tätigkeit in diesem Betriebe aufnehmen. Da nun die Wohnungsgelegenheiten am Orte knapp sind, vielleicht ist auch die dortige Bevölkerung nicht so sehr von dieser Einquartierung erbaut, so wurden Männlein und Weiblein, alt und jung, in einem leerstehenden Hause, das Herr Dr. Christ angekauft hatte, untergebracht. Erwähnt mag hierbei noch werden, daß schon eine der Frauen von der Gemeinde Ahrensböck im Armenhause aufgenommen werden mußte, weil dieselbe von Geburtswehen überzogen wurde. Drei weitere Frauen seien ihrer Niederkunft entgegen. Die Gemeinde wird auch wohl hier wieder eintreten müssen. Hierbei muß besonders hervorgehoben werden, daß die Arbeiterinnen bis zum letzten Augenblick in der Fabrik beschäftigt werden. Das lennzeichner ebenfalls die Zustände im Betriebe schon genugsam. Nun, wir wollen es den Arbeiterinnen durchaus nicht verdenken, wenn sie verjagen, ihr Brot in Ahrensböck zu verdienen, aber es muß betont werden, daß genügend Arbeitskräfte am Orte vorhanden sind, und daß weiter vor 14 Tagen von dem einheimischen Arbeiter aus diesem Betriebe 17 wegen „Arbeitsmangels“ entlassen sind. Da kann man es wirklich nicht verstehen, warum jetzt auf Anordnung der Leitung des Betriebes 18, 24 und sogar 36 Stunden in einer Tour von einigen Arbeitern dort gearbeitet wird. Aber Herr Dr. Christ scheint das recht angenehm zu sein; kann er doch den Betrieb recht nach seinem Wunsch ausnutzen. Der Lohn ist ja für alle Stunden gleich, ob 8, 10, 12 oder 14 Stunden sind; 32 bis 34 Pf. werden für jede Stunde von der Firma herappelt. Als im Jahre 1912 die dortigen Arbeiter und Arbeiterinnen in einer Lohnbewegung standen und einen Lohnzuschlag von 5 Pf. für die Ueberstunden verlangt wurde, da lehnte Herr Dr. Christ dieses rundweg ab. Dann wurden, als die dort Beschäftigten zu einer Arbeitsniederlegung kamen, 45 Mann von der Spingearde herbeigezogen, deren Tätigkeit wohl noch in aller Erinnerung ist.

Es wäre wirklich angebracht, in diesem Betriebe für Lohnaufbesserungen Sorge zu tragen. Leider hält das schwer, denn der Betrieb gleicht einem Taubenschlag. Diejenigen Arbeiter, die nicht von selbst gehen, werden entlassen, damit immer neue Arbeiter im Betriebe beschäftigt sind und nicht an eine Lohnbewegung zu denken ist. Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr jetzt im Betriebe sind, arbeiten nicht länger als die festgelegten 10 Stunden am Tage, nicht endlos, wie es bisher geschah. Somit begeht ihr ein schweres Unrecht gegen eure Mitarbeiter. Schließt euch zusammen und erlangt euch bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen! Zeigt der Firma Dr. Christ, daß ihr nicht gewillt seid, diese Zustände länger zu ertragen! Einen auskömmlichen Lohn und geregelte Arbeitszeit, das sind die Forderungen der gewerkschaftlichen Organisationen. Pflicht eines jeden Arbeiters ist es, dieselben erlangen zu helfen. Eine festgelegte Organisation wird auch den realistischsten Arbeitgeber zwingen, diesen Forderungen der Arbeiterschaft nachzukommen.

@@ Keramische Industrie @@

Die Forderungen der Ziegelmeister.

„Es ist unsere erste Aufgabe, ein friedliches Verhältnis mit unsern Arbeitern zu schaffen.“ Diese löblichen Worte, die von dem Vorsitzenden des Ziegeleibesitzer-Verbandes „Wefer-Elbe“ stammen, erwecken den Anschein, als seien die Ziegeleibesitzer bestrebt, allen Wünschen der Arbeiter gerecht zu werden. Wie sich dies jedoch in Wirklichkeit verhält, hat schon die „christliche“ Lohnbewegung im vorigen Jahre ergeben, für die man nur Spott und Hohn übrig hatte, und auch die kürzlich erfolgte Ablehnung der Ziegelmeisterforderungen läßt dies erkennen.

Wie wir schon vor einiger Zeit berichteten, hat der Verband der Ziegelmeister den Ziegeleibesitzern eine Eingabe auf Erhöhung der Akkordpreise, Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit, der vierzehntägigen Kündigungsfrist und vierzehntägigen Lohnzahlung unterbreitet. Diese Forderungen wurden von den Ziegeleibesitzern in ihrer Hauptversammlung zu Köln einmütig abgelehnt. Die Begründung, die sich die Herren dabei leisteten, ist ein Produkt der Verlogenheit. Die Erhöhung der Akkordpreise wird einfach mit dem Hinweis auf die schlechte Geschäftslage abgetan. Man hat sogar angedeutet, die Ziegelmeister sollten zufrieden sein, wenn sie jetzt zurzeit der Krise nicht noch mit einer Kürzung der Akkordpreise bedacht würden. Wirklich heißt es in dem Beschluß:

„Die Versammlung empfiehlt den Ziegeleibesitzern, ungeachtet des allgemeinen Rückschlages in den Preis- und Absatzverhältnissen, dennoch die für das laufende Jahr gültigen Akkordpreise aufrecht zu erhalten. Die aufgestellte Behauptung, daß die gegenwärtigen Akkordpreise den Ziegeleimeistern und Arbeitern nur eine ganz unzureichende Entlohnung zukommen ließen, wird nicht begründet zurückgewiesen werden.“

Es wird also den Ziegeleibesitzern von der Hauptversammlung empfohlen, die bisherigen Akkordpreise beizubehalten, verpöchtelt und sie dazu nicht. Dieser Wind wird von den Ziegeleibesitzern wohl verstanden werden, so daß damit zu rechnen ist, daß in den Ziegeleien, in denen es die Konkurrenz der Akkordmeister zuläßt, empfindlich Erhöhung der Akkordpreise eine Herabsetzung erfolgt. Tatsächlich sind auch schon Betriebe bekannt geworden, in denen für die Kampagne 1914 eine Akkordkürzung durchgeführt ist. Weder die Ziegelmeister als einzelne, noch der Ziegeleimeisterverband ist in der Lage, dagegen erfolgreich etwas zu machen. Die Ziegelmeister sind gezwungen, die Verschlechterung stillschweigend hinzunehmen. Natürlich werden sie diese nicht selbst tragen, sondern auf die Arbeiter abwälzen. Und das ist in der Ziegelindustrie ja leicht möglich. Wo die Organisation über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht Wache hält, kann der Lohn sogar um 20 M. sinken, während die Arbeiter, die aus Schrecken, Besorgnis, Furcht oder Lippe kommen, in der Regel nicht wissen, welche Löhne im Vorjahre gezahlt wurden.

Die unzureichende Entlohnung der Ziegelmeister und Ziegeleiarbeiter wird von den Ziegeleibesitzern ohne weiteres als unweiblich bezeichnet. Jedenfalls denken die Herren, solange die Ziegeleiarbeiter im Sommer noch Erbsen und Speck und im Winter Kartoffeln und Rüben haben, geht es ihnen wohl. Mag aber auch sein, daß sich die Herrschaften, wie im Jahre 1912, auf das kümmerliche Organisationsverhältnis der Ziegeleiarbeiter besinnen und sich sagen, unsere Arbeiter mögen erst einmal durch den Anschluß an die Organisation den Nachweis liefern, daß ihre Entlohnung unzureichend ist; so lange sie dies versäumen, kann eine Notlage nicht vorhanden sein. Es wäre das für die organisationslosen Ziegeleiarbeiter eine bittere, aber keineswegs unverbiente Lehre.

Die Ziegeleibesitzer berufen sich nun bei ihrer ablehnenden Haltung auf den Rückgang der Preis- und Absatzverhältnisse in der Ziegelindustrie. Wenn von einem solchen Rückgang gesprochen werden kann, so ist der Bezirk Hannover nicht gerade an letzter Stelle zu nennen. Wie kümmerlich es unter diesem Rückgang mit dem Gewinn der Ziegeleibesitzer bestellt ist, zeigt das nachstehende Informat, das kürzlich in einer Tageszeitung zu finden war:

„Tausche Dampfziegel, nahe Hannover, prima Tonlager, Produktion 1 1/2 bis 2 Mill. Steine. Reinverdienst ist jährlich 10000 Mark, mit gutem Zinshaus, Villa oder Landhaus. Preis 65000 Mark; realer Wert 100000 Mark.“

Das ist also die schlechte Lage der Ziegelindustrie. Nehmen wir an, die Ziegelei hat tatsächlich den angegebenen Wert von 100000 Mark, so wären 10000 Mark Reinverdienst eine Verzinsung von 10 Prozent. Die oben angeführte Produktion läßt sich bei einem einigermaßen technisch gut eingerichteten Betrieb mit 25 Arbeitern bequem herstellen. Erhalten die Arbeiter nun eine Lohnerhöhung von je 10 Mark pro Kampagne, so sind das insgesamt 2500 Mark, die von dem Reinverdienst des Besitzers abgehen. Es bleiben dem Besitzer somit noch 75000 Mark oder eine Verzinsung seines Besitzes von 7,5 Prozent. Die Arbeiter haben 100 Mark mehr zu verdienen, sie kommen leichter über die arbeitslose Winterzeit hinweg, und auch dem Ziegeleibesitzer verbleiben noch genügend Mittel, um sich die arbeitslose Zeit zu vertreiben. Die Forderungen der Ziegeleiarbeiter sind also selbst in der schlechten Zeit wohl erfüllbar.

In der guten Zeit sind die Gewinne der Besitzer natürlich noch etwas günstiger. Dafür spricht schon die Tatsache, daß der oben erwähnte Ziegeleibesitzer eine Villa oder Landhaus eintauschen will, wo er wahrscheinlich von seinen schweren Strapazen auszurufen gedenkt. Der nachfolgende Besitzer der eingetauschten Ziegelei wird mit einem Kapital von 65000 Mark selbstverständlich dieselbe Produktion und auch denselben Gewinn erzielen, wie sein Vorgänger. Trotzdem wird auch er, und das ist mit Sicherheit anzunehmen, über die schlechten Zeiten jammern und alle Forderungen der Arbeiter als unberechtigt bezeichnen.

Die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit wurde ohne Begründung von den Ziegeleibesitzern abgelehnt. Es zeugt dies jedenfalls dafür, daß den Herren Gründe nicht zur Verfügung standen. Damit haben sie sich offen auf den Boden der Willkür gestellt, von dem sie einfach diktieren, es gibt nichts, weil wir nicht wollen. Den Retord der Rückständigkeit haben ja schon immer die Ziegeleibesitzer geschlagen, nun wollen sie offenbar noch den Nachweis liefern, daß sie auch den Geist der Zeit zu bannen vermögen. Als Beweis ihrer Macht soll sich die Ziegelindustrie durch die rückständigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszeichnen, wobei ihnen die Denkartlichkeit der Arbeiter als sicherste Stütze dient.

Zur allgemeinen Einführung der vierzehntägigen Kündigungsfrist faßten die Ziegeleibesitzer folgenden Beschluß:

„Die Hauptversammlung erkennt keine Berechtigung an, von dem bisherigen, der Eigenart des Ziegelgewerbes entsprechenden Kampagneverträge abzugehen und erneuert den Beschluß vom vorigen Jahre, daß an dem Kampagneverträge in dem bisherigen Umfang festzuhalten ist.“

So ihr Ziegeleiarbeiter, nun wißt ihr's; ihr habt keine Berechtigung freie Menschen zu werden, ihr seid dazu verurteilt, euch alljährlich unter dem Druck der arbeitslosen Winterzeit die Zwangsjacke der Kampagneverträge anlegen zu lassen, weil das die „Eigenart des Ziegelgewerbes“ erfordert. Was ist denn aber das für eine Eigenart, die solches notwendig macht? Die Saisonarbeit kann es nicht sein, denn diese findet sich auch in andern Industrien, so im Baugewerbe, in der Zucker- und Konservenindustrie usw., ohne daß sich dort die Notwendigkeit der Kampagneverträge ergeben hat. Die sogenannte Eigenart der Ziegelindustrie kann mithin nur in der Erbärmlichkeit der Lohn- und Arbeitsbedingungen liegen, die diese allen andern Industrien voraus hat.

Diese „Eigenart“ soll also unter allen Umständen erhalten bleiben, weil sie den Ziegeleibesitzern auch fernerhin ungeschmälerten Profit verspricht. Und dazu bedarf es der Vertragsfesseln, die den Arbeitern jede Bewegungsfreiheit raubt, ihnen das Organisationsrecht illusorisch macht, jede Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unterbindet und sie der Gnade der Ziegeleibesitzer ausliefert. Soll den Herrschaften ein Strich durch diese Rechnung gemacht werden, so erwächst den Ziegeleiarbeitern die Pflicht, bei der Arbeitsannahme alle Verträge abzulehnen, die eine mehr als vierzehntägige Kündigungsfrist vorsehen. In der Mehrzahl der Ziegeleien sind die Kampagneverträge bereits beseitigt, ein Beweis, daß sie nicht absolut nötig sind. Wo sie aber noch gefordert werden, vertragen sie in der Regel das schlechte Gewissen der Unternehmer. Eine Ziegelei mit auch nur einigermaßen geregelten Lohn- und Arbeitsbedingungen bedarf der Zwangsmaßnahmen zur Knebelung der Arbeiter nicht. Deshalb muß schon das Annehmen, einen Kampagnevertrag abzuschließen, eine Warnung für jeden Arbeiter sein, denn meistens verbergen sich dahinter Uebelstände aller Art.

Ueber die 14tägige volle Lohnzahlung beschloß der Ziegeleibesitzerverband seinen Mitgliedern zu empfehlen, den Ziegeleimeistern rechtzeitig innerhalb des Wertes ihrer Leistungen Abschlagszahlungen zur Verfügung zu stellen, die es ihnen ermöglichen, den Arbeitern alle 14 Tage den Lohn voll auszuzahlen. Dieser Beschluß wurde auch im Vorjahre gefaßt. Wenn die Ziegeleimeister trotzdem ihre Forderung wiederholen mußten, so läßt dies erkennen, daß es die Ziegeleibesitzer bei der Erfüllung ihrer Verbandsbeschlüsse nicht sehr eilig haben, sofern es sich um Zugeständnisse an die Arbeiter handelt. Diese Tätigkeit werden sie naturgemäß auch in Zukunft üben, damit alles beim alten bleibt. Da aber bei der besonders während der Krise zunehmenden Konkurrenz unter den Akkordziegelmeistern — wobei in der Regel die Billigkeit regiert — auch die Unsicherheit des Arbeitslohnes zu steigen

pflegt, kann den Ziegeleiarbeitern diese Regelung nicht gleichgültig sein. Bei der Lohnzahlung handelt es sich um den überaus großen Gewinn mühevoller Arbeit, um den spärlichen Ertrag verbrauchter Kraft und Gesundheit, der durch die Lohninbehaltung sehr oft in Frage gestellt wird. Die Gewissenlosigkeit, die sich bei manchen Ziegeleibesitzern in reichlichen Portionen findet, läßt es zu, daß durch das Lohninbehaltungssystem alljährlich zahlreiche Arbeiter um einen Teil ihrer kümmerlichen Existenzmittel gebracht werden. Soll diesem Uebel gesteuert werden, so ist es Sache der Arbeiter, auf den Beschluß der Ziegeleibesitzer zu achten, alle 14 Tage ihren vollen Lohn zu fordern, und wo dem nicht entsprochen wird, unsrer Organisation sofortige Mitteilung davon zu machen.

= Untermerrückichtslosigkeit.

Wie die Steingutfabrik Grünstadt und die Rheinische Schamotte- und Tonwerke R. Flieden, Grünstadt ihren Arbeitern für die übliche „Weihnachtsfreude“ sorgten, zeigt uns folgender Vorgang: Am dem Tage, wo man in allen Kreisen seinen Angehörigen eine Freude zu bereiten pflegt, lassen die beiden Unternehmen die Arbeiter ihre ganze Rückichtslosigkeit fühlen. Die Glocken läuten, von allen Ranzeln ertönt „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“. Friede ist aber doch nur dort, wo man keine Not, kein Elend, keine Sorgen kennt. Der Arbeiterschaft der beiden Firmen blieben die Sorgen — ausgerechnet am Weihnachtsabend — nicht erspart. Ihr lauer verdientes Lohn wurde erst am Sonnabend, dem Tage nach Weihnachten, ausbezahlt. Arbeiter, die vor Weihnachten Vorschuss verlangten, wurden in der Steingutfabrik Grünstadt mit den Worten abgewiesen: „Das läßt sich nicht so machen.“ War es der Firma gar nicht möglich, am Mittwoch Nachtag zu machen, wo doch nur ein Tag in Frage kommt? Würde die Arbeiterschaft die paar armseligen Geschenke, mit denen sie ihren Lieben eine Freude machen, auch noch pumpen? Wie die Arbeiterschaft über eine solche Untermerrückichtslosigkeit? Ist, bemerkt uns eine anonyme Karte, die mit „Mehrere Arbeiter“ unterzeichnet an die Rheinische Schamotte- und Tonwerke gerichtet wurde. Es wurde darauf zum Ausdruck gebracht, jeder Familienvater brauche sein Geld und man habe es nicht so leicht wie die Firma, daß man nur an den Kaffeetisch zu gehen brauche. Wenn die Arbeiter ihr Geld nicht erhielten, gingen sie nach dem Bezirksamt usw. Die Empörung unter den Arbeitern, die Verteilung von Einladungen zu einer Betriebsversammlung, veranlaßte denn auch die Firma, durch Anschlag bekanntzugeben, daß sie Vorschuss gewähre und die Hälfte der Kautions auszahle. Warum zahlte man aber der Arbeiterschaft ihren Lohn nicht aus, wenn man sich doch dazu bequem, Vorschuss zu gewähren? Glauben die Firmen, daß die Löhne der Arbeiter so hohe sind, daß sie sich noch etwas auf die hohe Kante legen können? Sollte dies der Fall sein, dann möchten wir ihnen den Rat geben, bei den Grünstadter Geschäftskreisen einmal Umfrage zu halten über das Borg- und Kreditwesen in Grünstadt.

Den Arbeitern von der Tongrube in Bettenleidelheim — ebenfalls der Firma Flieden gehörend — erging es noch schlimmer. Der Akkordant wollte am Tage vor Weihnachten bei der Firma den verdienten Lohn für die Arbeiter abholen. Seine Rechnung betrug zirka 800 M. Die Firma rechnete aber mit nur zirka 260 M., der Akkordant ging dann ohne Geld. Herr Flieden telephonierte später, er habe sich verrechnet, und als am zweiten Weihnachtsfeiertage der Akkordant das Geld abholte, bot man ihm ein Weihnachtsgeschenk in Höhe von 5 M., an, das er zurückwies. Bravo! Die Arbeiterschaft konnte deshalb am Mittwoch kein Geld erhalten, sondern erst am zweiten Weihnachtsfeiertag. Ein Arbeiter machte mit zwei kleinen Kindern am zweiten Weihnachtsfest einen anderthalbstündigen Weg nach Eisenberg, um seinen Lohn zu erhalten. In diesem Betriebe sind in letzter Zeit auch noch Verschlechterungen eingetreten. Früher wurden pro Schicht im Tagelohn 5 M. verdient, jetzt nur noch 4 M.; das meiste ist Akkordarbeit. Die Firma weigert sich in sehr vielen Fällen, Tagelohn zu zahlen mit dem Hinweis, es gehöre zum Akkord. Es ist die tiefste Grube; während die übrigen Gruben nur 30 bis 40 Meter tief sind, ist diese zirka 75 Meter tief. Die Arbeiter haben mit schlechten Verhältnissen zu rechnen; müssen Wasser schöpfen, mit dem Abbauen vorsichtiger sein, dadurch entsteht auch mehr Tagelohnarbeit.

Das Vorgehen der Unternehmer sei für die Arbeiterschaft eine Warnung. Hier hat sie den Beweis, wie das Unternehmertum über sie denkt, wie das Unternehmertum es versteht, seine Interessen zu wahren und wie rücksichtslos es die Arbeiterschaft behandelt. Mit anonymen Schreiben und Hinweisen auf staatliche Behörden lassen sich die Interessen der Arbeiter nicht wahren. Beweise sind doch genügend vorhanden, daß die staatlichen Behörden nicht zum Schutze der Arbeiterschaft, aber zum Schutze der Unternehmer vorhanden sind. Der einzige Schutz für die Arbeiterschaft ist die gewerkschaftliche Organisation. Daß die Firma Flieden der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation recht großes Interesse entgegenbringt, beweist uns die Anwesenheit der beiden Buchhalter und des Herrn Flieden jr. in den Versammlungen. Mit Geschenken und schönen Redensarten kann die Arbeiterschaft aber nicht zurückerhalten werden. Zur Verberlichung der in Grünstadt abgehaltenen Weihnachtsfeier werden diese Vorkommnisse nicht beigetragen haben. Der Grünstadter Arbeiterschaft in der Keramischen Industrie rufen wir aber zu: Hinein in den Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, nur dann lassen sich solche Zustände beseitigen.

= Aus der Kachelofenindustrie.

Der Verband der Kachelofenfabrikanten und der Verband der Arbeiter des Zäpfer- und Dörselgewerbes hielten kürzlich in Berlin eine gemeinsame Sitzung ab, in der sie eine Regelung der Lieferungsbestimmungen trafen. Es wurde beschlossen, unter keinen Umständen an Dörselgeschäfte zu liefern, die nicht Mitglieder des Dörselgewerverbandes sind. Die gelieferte Ware darf nur an den Orten verarbeitet werden, die für die Lieferung freigegeben sind. Jeder Fabrikant ist verpflichtet, Auskunft zu geben, an wen er seine Ware liefert. In Händler, die Waren in unorganisierte Bezirke liefern oder vermitteln, darf von keiner Fabrikant weitere Ware geliefert werden. Die Freigabe dieser Bezirke kann erst erfolgen, wenn sich mindestens die Hälfte der Dörselgeschäfte dem Arbeitgeberverband angeschlossen haben. Die Lieferungsverträge zwischen Mitgliedern der beiden Verbände laufen nur so lange, als diese Verbandsmitglieder sind. Sobald die Mitgliedschaft eines der Vertragsschließenden erlischt, erlischt auch der Lieferungsvertrag. Es sind in diesem Falle nur noch diejenigen Kachelwaren zu liefern oder abzunehmen, die für eine bestimmte Arbeit angenommen sind. Bei Marktware ist die Lieferung sofort einzustellen oder abzulehnen.

Dieser Gegenseitigkeitsvertrag zur Ausbreitung der Unternehmerrückichtslosigkeit dokumentiert, daß den Unternehmern zur Wahrung ihrer Interessen jedes Mittel genehm ist. Sie bohlottieren nicht nur den einzelnen arbeitstüchtigen Unternehmer, sondern gleich ganze Bezirke, sofern nicht die Hälfte der Unternehmer organisiert ist. Wir nehmen diese Maßnahmen den Unternehmern durchaus nicht übel, denn auch sie müssen den Kampf ums Dasein führen. Nur verlangen wir für die Arbeiter das gleiche Recht. Halten die Kachelofenfabrikanten einen unorganisierten Händler oder Dörselmeister für unwürdig, ihre Kacheln zu vertreiben oder zu verarbeiten, finden es ferner die Zäpfer-Unternehmer für unehrlich, die Kacheln eines unorganisierten Kachelfabrikanten zu setzen, so soll man es auch den organisierten Arbeitern nicht verargen, wenn sie es als einen Schimpf empfinden, mit hantierenden unorganisierten oder Streikbrechern zusammenarbeiten zu müssen. Den Arbeitern aber möge der Eifer, mit dem die Unternehmer ihre Organisation auszubauen suchen, als Vorbild dienen für die Bearbeitung ihrer eigenen Sache, denn sie bedürfen der läckenlosen Organisation notwendiger als die Unternehmer.

= Belohnung für treue Dienste.

Zu der Notiz, die unter obiger Ueberschrift in Nr. 52 des „Proletariats“ erschien, wird uns von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß neben den dort angeführten Gründen noch andre zur Entlassung des Oberbeherrers in der Steingutfabrik in Meuleningen geführt haben. Auch handelt es sich — und das ist für den Entlassenen erfreulich — nicht um einen ausgemergelten, sondern um einen körperlich noch leidlich rüstigen und materiell nicht allzu schlecht gestellten Mann.